

# b unabhängige bauernstimme

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## Nahrungsmittel gehören nicht an die Börse

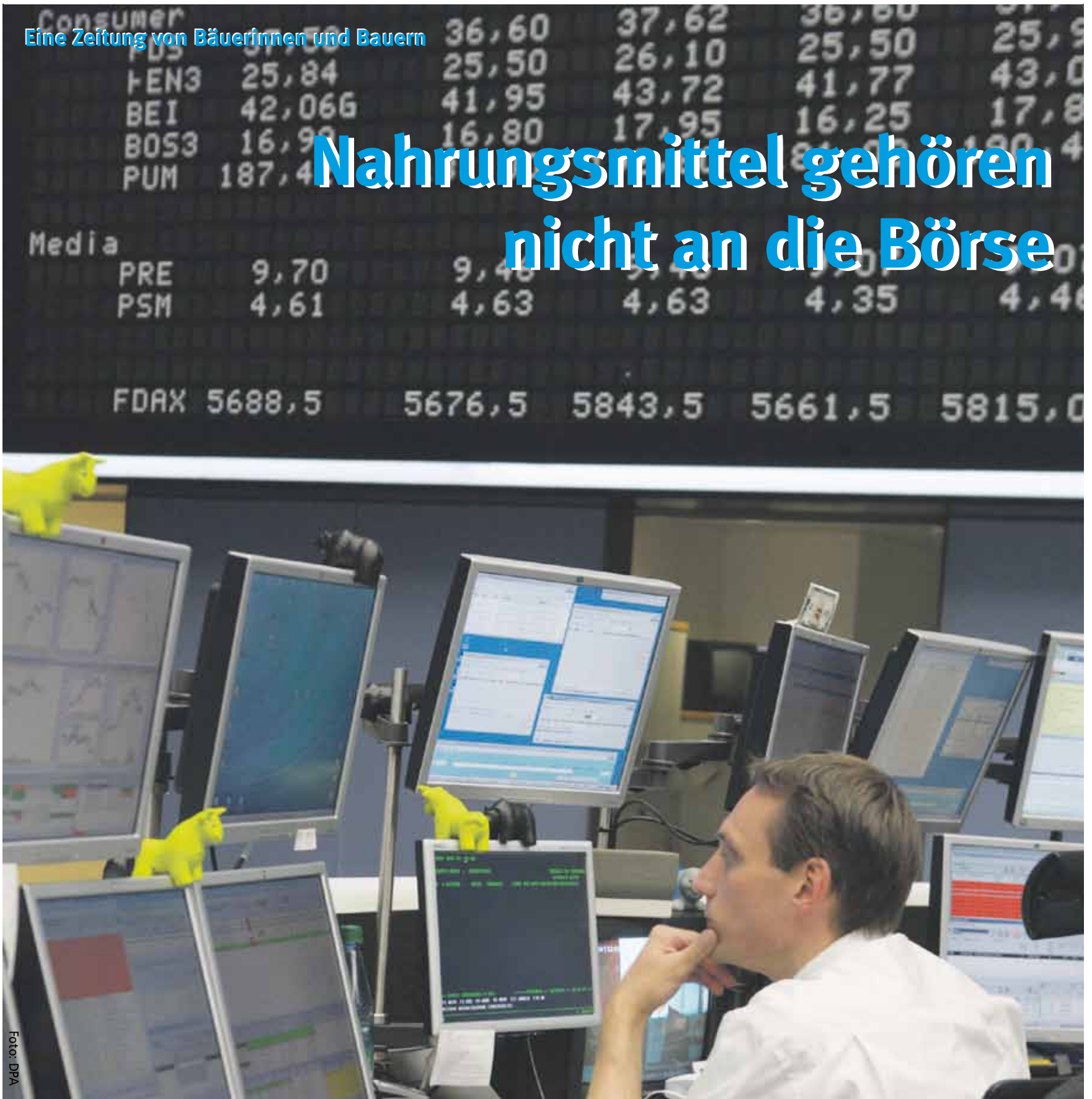


Foto: DPA

### Milch

Interview mit Graefe zu Baringdorf zur Zukunft der Quoten, der Machtverteilung im Milchsektor sowie den Handlungsoptionen des Milch-Boards. Die faire Milch in NRW und der Kampf zwischen Sachsenmilch und dem BDM spitzt sich zu. **Seiten 5-7**

### Gentechnik

Die Bundesregierung hat ein holpriges Eckpunktepapier zur Änderung des Gentechnikgesetzes vorgelegt. Zeitgleich stehen die Gentechnik-Aktivisten von Gatersleben vor Gericht. Die Kontamination mit Amadea zeigt: Koexistenz unmöglich. **Seiten 16-18**

### Spekulation

Agrarrohstoffe sind zur Spielwiese der Spekulanten geworden. Im Interview fordert José Bové ein Verbot der Spekulation mit Agrarrohstoffen und faire Preise für Erzeuger. Milchprodukte sind an der Börse handelbar, wenn auch nicht für Bauern. **Seiten 11-13**

## Die Seite 3

Menschenrechtsgerichtshof beackert Ostdeutsche Felder... 3

## Agrarpolitik

Einsparungen im Agrarhaushalt... 4

## Milch

Interview Graefe zu Baringdorf... 5

Zum kostendeckenden Preis... 6

Kein Grund zu Klagen... 7

## Bewegung

Gemeinsam an die Forken... 8

Oberallgäuer suchen neue Wege... 19

## Massentierhaltung

Rothkötter stoppen... 10

## Schwerpunkt

Bulle und Bär. Gewinn kennt keine Moral... 11

Kosten transparenter machen, Spekulation unterbinden... 12

Die Eurex: eine Terminbörse für Molkerei-Produkte... 13

## junge Abl

Die junge Abl demonstriert in Brüssel... 14

## Nachbau

Leibhaftiger Ausfüllungsgehilfe auf Tour... 15

## Gentechnik

Trägerische Trennbarkeit... 16

Gatersleben Strafprozess angelaufen... 17

Eckpunkte ecken an... 18

## Weitere Themen

Mit Martin Schulz von Berlin nach Gorleben, Seite 9; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

## Inhaltsverzeichnis

August 2007. Ich stehe auf der Besuchertribüne der „Kansas City Board of Trade“, eine der international bedeutendsten Warenterminbörsen für Hartweizen. Hinter einer dicken Glasscheibe kann das bunte Treiben der Broker beobachtet werden. Ca. 50 Prozent des Handels wird am PC abgewickelt, doch die andere Hälfte wird – zumindest 2007 - noch immer ganz traditionell gehandelt. Und in dieser entscheidenden halben Stunde dürfen wir in den Börsensaal! Es liegt eine ganz unglaubliche Spannung im Raum, die kaum auszuhalten ist. Auf die Minute genau wird der Handel eröffnet. Und das spielt sich genau so ab, wie wir es aus den Filmen kennen. Ein fürchterliches Durcheinander aus Zurufen und Handzeichen, das sich dann in den riesigen Anzeigetafeln an den Wänden widerspiegelt. Steigende oder fallende Preise an den Börsen in Chicago, New York oder London. Mit höchster Konzentration wird hier eingekauft oder verkauft, blitzschnelle



## Kommentar

## Preisgestaltung zukunfts-fähig machen!

Reaktion und genaue Marktbeobachtung sind Voraussetzungen für ein gutes Geschäft. Es wird nicht danach gefragt, wie viel die Produktion kostet, ob die Farmer von diesem Preis leben können oder was es für Auswirkungen auf die Märkte anderer Kontinente hat? Die Frage ist immer nur, wie wird sich der Preis in Zukunft entwickeln?

Dann zum richtigen Zeitpunkt kaufen oder verkaufen. Nicht nur Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, sondern auch viel Spekulation. Eine Spekulation, für die die EU-Kommission in den letzten Tagen schärfere Regeln ankündigte.

Und wer glaubt, dass nach Handelsschluss Tonnagen von Weizen den Besitzer wechseln, irrt sich. Diese Kontrakte und Optionen auf meist noch anstehende Ernten – bis zu fünf Jahre im Voraus – können noch viele Male weiter gehandelt oder auch wieder aufgelöst werden. Und trotzdem ist genau dieser Handelsabschluss ausschlaggebend für die Weizenpreise weltweit! Selbst wenn ich direkt bei einem Kollegen Futterweizen einkaufen möchte, wird er seinen Preis nach dieser internationalen Entwicklung festlegen. Er wird mir nicht vorrechnen, was ihn der Anbau gekostet hat und was er als Gewinnspanne für sich und seinen Betrieb braucht. Denn liegt er viel zu hoch, wird er den Weizen nicht verkaufen können, und sollte die Entwicklung zu seinen Gunsten ausfallen, wird er die Spanne nutzen – wer sollte ihm das verdenken.

Die Auswirkungen dieser Preisgestaltung kennen wir zur Genüge. Und es wird für unsere Höfe immer schwieriger, in diesem System wirtschaftlich den Kopf über Wasser zu halten. Doch wer bäuerliche Landwirtschaft erhalten will, möglichst flächendeckend und das weltweit, der muss auch über fairen Handel und faire Preise nachdenken. Denn nur mit kostendeckenden Preisen können Höfe auf Dauer überleben, zumal die meisten Staaten ihre Landwirtschaft, insbesondere die bäuerlichen Betriebe, nicht unterstützen können oder wollen. Es ist aber die bäuerliche Landwirtschaft, die durch ressourcenschonende Bewirtschaftungssysteme den Herausforderungen für Klima und Umwelt gerecht werden kann. Die bäuerlichen Betriebe sind es, die für die VerbraucherInnen die Versorgungssicherheit vor Ort bieten. Gesunde, frische Lebensmittel auf die Märkte bringen und durch Produktion und Verarbeitung gerade in den ländlichen Regionen massiv zur regionalen Wirtschaftsentwicklung beitragen.

Solange Lebensmittel zu „Agrarrohstoffen“ degradiert und hoch spekulativ an Börsen gehandelt werden, bleiben wir Spielbälle in diesem Markttreiben. Solange werden ganze Bevölkerungsgruppen, vor allem in den Ländern des Südens, keinen oder nur unzureichenden Zugang zu einer ausreichenden Ernährung haben. Immer wieder werden Hunderttausende aufgrund spekulationsgetriebener Nahrungsmittelpreise hungern müssen. Um Hunger nachhaltig bekämpfen zu können, brauchen wir neben einer wirklich flächendeckenden, bäuerlichen Landwirtschaft auch eine zukunfts-fähige Preisgestaltung – kostendeckend für Bäuerinnen und Bauern, aber auch fair für VerbraucherInnen. Das wäre ein weiterer Schritt, künftig die Existenz der weltweit 525 Mio. Bauernhöfe zu sichern und vor allem dem Grundrecht auf Nahrung für alle Menschen gerecht zu werden.

Maria Heubuch

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

## Impressum

**b** unabhängige  
**auernstimme**

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

**Redaktion:** Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag/ Aboverwaltung:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

**Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de**

**Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich)

**Abonnementpreis:** 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich  
**Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

# Menschenrechtsgerichtshof beackert ostdeutsche Felder

Die Flächenvergabepraxis der BVVG und ihre Deckung durch deutsche Politik und Justiz beschäftigt Straßburger Richter

Während Franz Joachim Bienstein die dies Jahr raren schönen Spätsommertage nutzt und Gerste drillt, rauchen weit weg im fernen Straßburg Juristen vielleicht gerade die Köpfe über seinem Fall. Im April 2010, genau ein Jahr, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sein 50-jähriges Bestehen gefeiert hat, reichte der Bauer aus dem Mecklenburgischen seine Beschwerde dort ein. Und nun haben Bienstein, seine Unterstützer in der AbL und ihr Anwalt Thorsten Purps die Gewissheit, dass sich der Gerichtshof mit der Beschwerde auseinandersetzen wird. Sie prangert eine der weitreichendsten politischen Ungerechtigkeiten Nachwendedeutschlands an: die Art und Weise, wie eine vom Bund eingesetzte Treuhand-Gesellschaft – die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, kurz BVVG – die bundeseigenen landwirtschaftlichen Flächen gezielt nur in Kreisen alter und neuer Agrarkader weitergegeben hat, diese über besonders günstige Kauf- und Pachtoptionen subventioniert und dafür umfangreiche Schützendeckung aus Politik und Justiz erhielt und nach wie vor erhält. „Das ist schon eine gewisse Überraschung, dass wir jetzt schon die Nachricht bekommen haben, dass die Beschwerde angenommen und die Bundesrepublik Deutschland zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde“, so Anwalt Purps. Daraus abzuleiten, dass der Gerichtshof der Angelegenheit eine gewisse Bedeutung beimisst, mag vielleicht vermessen sein, vielleicht aber auch zutreffend. Bei mehreren zehntausend neuen Beschwerden, die jedes Jahr in Straßburg eingereicht werden, muss man jedenfalls nicht mit einer schnellen Antwort rechnen.

## Flächen für Kader

Umso erfreuter sind Bienstein und seine Mitstreiter, dass nun die Bundesregierung reagieren muss, wo doch jahrelang deutsche Gerichte nicht reagierten. Damit wären wir bei der Geschichte. Franz Joachim Bienstein gründete Anfang der 90er Jahre im Mecklenburg-Vorpommerschen Martensdorf einen landwirtschaftlichen Betrieb, indem er 90 Hektar Land kaufte und mit seinem Vater gemeinsam bewirtschaftete. Der Plan war, weitere Flächen von der BVVG als Verwalterin des Bundeseigentums dazuzukaufen, um den Betrieb zu erweitern. Mehrmals über Jahre hinweg stellte Bienstein Anträge, niemals wurden sie berücksichtigt. Dabei bekam der Bauer mehrmals mit, dass durchaus Flächen vorhanden gewesen wären bzw. Pachtverträge endeten. Und ihm wurde auch bewusst, dass es nicht nur ihn traf, an-

dere Neu- und Wiedereinrichter hatten Ähnliches zu berichten. Von der BVVG mit Flächen zu zudem noch günstigen Konditionen bedient, wurden fast immer die LPG-Nachfolgesellschaften oder Betriebe, in denen nach wie vor die alten Kader etwas zu sagen hatten. Der Historiker Jens Schöne hat dazu mal in einem Interview gesagt: „Es ist sicher zu beobachten, dass es über 1989 hinaus eine hohe Elitenkontinuität in diesem Bereich gegeben hat. Wenn man in der DDR Karriere gemacht hat und nur das LPG-Modell kennt, dann

sich über vier Jahre der Sache überhaupt nicht an, bevor es schließlich ohne mündliche Verhandlung die Berufung ablehnte und ein Urteil gegen Bienstein fiel. Da hatten er und seine Mitstreiter sich bereits zu der Beschwerde wegen Verfahrensverschleppung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entschlossen. Dort geht es nun zwar auch um die Ungerechtigkeiten durch die BVVG, aber eben in erster Linie um die Art und Weise, wie die Justiz und in ihrem Hintergrund die Politik mit dem Fall umgegangen ist. Dass sich das Kammerge-

die Flächenvergabepraktiken der BVVG vermeiden wollte, um nicht die Aufmerksamkeit der EU-Kommission zu erregen, die die Thematik durchaus schon im Visier hatte. Schriftwechsel in Regierungskreisen betonen die Wichtigkeit, der Kommission zu signalisieren, dass sich im Lande kein Unmut diesbezüglich geregt hat und regt. Vielleicht hat auch deshalb der Menschenrechtsgerichtshof nun so schnell reagiert und die bundesdeutsche Politik zu einer Stellungnahme aufgefordert, weil ihm diese Brisanz offenbar ist.

## Frage der Gerechtigkeit

„Gegenseite, Juristen und Politiker bestätigen eigentlich alle unsere Vorwürfe bezüglich der Ungleichbehandlung durch die BVVG, aber es geht um die Frage: Muss ich als Bürger das tolerieren?“, sagt Bienstein und er sagt auch, dass er nach wie vor Vertrauen in die Justiz hat, wenn er auch die Verschleppungstaktik des Berliner Kammergerichts nicht akzeptiert. Deshalb haben er und seine Mitstreiter sich zu einem weiteren Schritt entschlossen und auch eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. „Da hängen die Trauben hoch und wir wissen noch nicht, ob die Beschwerde angenommen wird“, so Anwalt Purps, aber der Versuch sei es allemal wert. Schließlich ist alles eine Frage der Gerechtigkeit: Wie gerecht ist eine Justiz, die politischen Weisungen folgt, wie gerecht sind Behörden, die bestimmte politisch motivierte Entscheidungen treffen, wie gerecht ist ein agrarpolitisches System, das 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von Begünstigungen ausschließt und damit über Subventionsnachteile Wettbewerbsverzerrungen produziert? Wettbewerbsverzerrungen produziert zu Gunsten einer ineffektiven, umweltzerstörenden Agrarindustrie und gegen eine arbeitsplatzschaffende, ressourcenschonende bäuerliche Landwirtschaft. cs



Franz Joachim Bienstein klagt gegen die BVVG.

Foto: Jasper

hat man eine gewisse Präferenz dafür, mit Sicherheit findet man es dann merkwürdig, warum denn jetzt gerade irgendein Bauer wieder loslegen will mit 25 Hektar: Was soll das?“

## Politik gebietet Schweigen

Franz Joachim Bienstein wollte das nicht hinnehmen. Er klagte vor dem Berliner Landgericht. Dies erkannte an, dass es eine beherrschende Stellung der BVVG in der Sache gebe und dass es zu Ungleichbehandlungen bei der Flächenvergabe komme, trotzdem urteilte es gegen Bienstein, da seine Anträge bei der BVVG sachlich geprüft und abgelehnt worden seien. Genau das zweifeln aber Bienstein und sein Anwalt Thorsten Purps an, da ihnen, so Purps, Schriftstücke vorlägen, die genau diesen Umstand der sachlichen Prüfung durch die BVVG widerlegten. Also riefen sie die nächste Instanz, das Kammergericht in Berlin, an. Dies nahm

nicht von ungefähr so lange Zeit gelassen hat, bevor es in der Sache Bienstein tätig wurde, steht sehr wahrscheinlich damit in Zusammenhang, dass die Bundesregierung jeden öffentlichen Wirbel um



Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg

Foto: EUGH

## Milliardenversprechen

Die EU verspricht eine Milliarde Euro für die Ärmsten. Im September hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zusätzlich eine Milliarde Euro zur Unterstützung der Bekämpfung der Armut angekündigt. „Extreme Armut ist die größte globale Herausforderung“, sagte Barroso auf dem UN-Gipfel zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) in New York. „Die EU ist bereit, den bedürftigsten Ländern eine Milliarde Euro anzubieten, um Fortschritte bei den Zielen zu erreichen, von deren Erreichen wir noch weit entfernt sind.“ Unter anderem wurde von der internationalen Gemeinschaft im Rahmen der MDGs beschlossen, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Damit sei jedoch nur die Hälfte des Problems gelöst, so Barroso. „Wenn wir unsere Ziele erreichen können, wird ein noch größerer Preis in unserer Reichweite sein: die endgültige Ausrottung der Armut in all ihren Erscheinungsformen. Und dafür kämpfen wir.“ *mh*

## Grotelüschen Unwissen

Die Tierschutz-Organisation PETA zeigte erneut Fotos von leidenden Mastputen, diesmal aus niedersächsischen Farmen, die über eine Erzeugergemeinschaft mit der Brüterei Ahlhorn verbunden sind. Deren Inhaber ist der Ehemann der niedersächsischen Agrarministerin Astrid Grotelüschen, die in der Firma bis vor kurzem als Prokuristin tätig war. Das Ehepaar Grotelüschen behauptet auch in diesem Fall, es habe von den (eigentlich systemtypischen) Zuständen in den Stalleinrichtungen nichts gewusst, schuld seien ggf. die Mastbetriebe selbst. Gleichzeitig startete die bauernverbands-dominierte Zeitung *DLZ* eine Kampagne gegen den „Terror“ von Tierschützern. Mit Verweis auf den noch ungeklärten Brand einer Hähnchenanlage in Sprötze und das ungenehmigte Eindringen von PETA in Großställe fordert die Zeitung die Einschaltung des Verfassungsschutzes. *en*

## Arme Agrarfabrik-Regionen

Die Einkommenszahlen des niedersächsischen Landesbetriebes für Statistik relativieren die Lobpreisungen von Ernährungsindustrie und Bauernverband über die segensreichen Auswirkungen der Agrarindustrie auf die Intensivviehhaltungs-Regionen: Demnach lag das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner am niedrigsten in Niedersachsens Nordwesten. Der mit Geflügel- und Schweine-Anlagen am dichtesten belegte Landkreis Emsland lag mit nur 15.647 Euro an viertletzter Stelle. *en*

## Ungarn gegen Landnahme

Für drei weitere Jahre verbietet Ungarn den Erwerb von Agrarflächen durch ausländische Investoren. Agrarminister Fazekas verwies auf die Gefahr steigender Bodenpreise für heimische Landwirte. *en*

## Südzucker-Kartell

In Österreich soll von 2004 bis 2008 ein Zuckerkartell unter Beteiligung des Südzucker-Konzerns bestanden haben. Die Südzucker-Tochter Agrana soll in Absprache mit einem ausländischen Zuckerkonzern Gebietsabsprachen getätigt und so den österreichischen Markt abgeschottet haben. Die Bundeswettbewerbsbehörde ermittelt wegen verteuerter Verkäufe von Industrie- und Haushaltszucker. *en*

## Atrazinschäden

Das in Deutschland verbotene, aber weltweit breit verwendete Pflanzenschutzmittel Atrazin ist möglicherweise eine der Hauptursachen des bislang rätselhaften globalen Amphibiensterbens. Eine US-Studie zeigt, dass das Herbizid männliche Krallenfrösche in Weibchen verwandelt, deren Erbgut aber männlich bleibt und die nur männliche Nachkommen erzeugen. Ähnliche Ergebnisse gab es bei anderen Froscharten, Fischen und Reptilien. Bei Menschen vermutet man als Atrazin-Auswirkungen: verringerte Spermienzahlen und eine schlechte Spermienqualität. *en*

Kurzes am Rande

# Einsparungen im Agrarhaushalt

Gemeinschaftsaufgabe und Grünlandprogramm am meisten betroffen

In der ersten Lesung des Haushaltsplans bestätigte sich, dass eine Senkung der Ausgaben im Bereich Landwirtschaft um 355 Millionen Euro auf rund 5,5 Milliarden Euro geplant ist. 100 Millionen Euro sollen laut Entwurf des BMVEL bei der Gemeinschaftsausgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) eingespart werden. Im Bereich der Forschung werden die Mittel um ca. 50 Mio Euro gekürzt. Für das bestehende Grünlandmilchprogramm, derzeit mit 300 Mio. Euro gefördert, stehen zukünftig nur noch 200 Mio. Euro zur Verfügung. Vorgesehen ist auch eine „globale Minderausgabe“ in Höhe von 50 Millionen Euro. Vor allem der Bauernverband hat sich besorgt geäußert, dass die globale Minderausgabe zu einer Kürzung der Agrardieselvergünstigung führen könnte. Der Vorsitzende der AG Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion, Peter Bleser, zeigt sich zufrieden mit dem Entwurf und sieht in dem

Entwurf ein Spiegelbild der an den Werten und dem Menschenbild der Union orientierten Strategie in der Agrar- und Verbraucherpolitik. Genau diese Politik kritisiert Friedrich Ostendorff, Agrarpolitischer Sprecher von Bündnis90/die Grünen. „Die dauerhafte Subventionierung des Dieselsverbrauchs in der Landwirtschaft hat eine ökologisch und technologisch katastrophale Lenkungswirkung und widerspricht allen klimapolitischen Lippenbekenntnissen der Bundesregierung.“ Weiterhin kritisiert Ostendorff die Exportstrategie der Bundesregierung heize die Fleischproduktion und die damit verbundenen Probleme weiter an. Gerade erst ist die Bundesrepublik wegen der Überschreitung der Höchstgrenzen für Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung von der EU verwarnet worden. Resultat dieser Politik seien noch mehr Massentierhaltung, noch mehr Emissionen, noch mehr Gülleseen. *mn*

# Krisensitzung statt Erörterung

Im Emsland sollen weiter 10 Mio. Hähnchen gemästet werden. Nur wo?

Der Landkreis Emsland hat bereits anberaumte Erörterungstermine für zahlreiche Hähnchen- und Schweinemast-Großanlagen wieder abgesagt und verschoben. Bei einer Krisensitzung bzw. Standortüberprüfung sollen neue Erkenntnisse erörtert werden, die bei den Erörterungsterminen in Surwold (Antrag auf 300.000 Masthühner) und in Bockhorst (84.000 Masthühner) von Bürgerinitiativen und deren Anwälten offen gelegt wurden: zum fehlenden Brandschutz, zu Vor- und Zusatzbelastungen mit Gerüchen und Keimen, zu fehlerhaft angegebenen Tierzahlen und zu Umweltbeeinträchtigungen.

und Gemeinden im Raum Emsland/Süddoldeburg gegen die Agrarindustrialisierung ihrer Region gewehrt – so in Bockholte, Lähden, Hunteburg, Schwege, Geeste, Herzlake, Handrup, Rastdorf, Bissendorf, Fehndorf, Lathen, Schapen, Twist, Neuenkirchen, Badbergen, Wehdel, Kalkriese, Rhede, Meppen, Ruhle, Dohren, Friesoythe und vielen weiteren Orten. Auch CDU- und FDP-Politiker beteiligten sich daran, in Lähden hatten Bauern mit 80 Treckern erfolgreich gegen eine Riesen-Schweineanlage mit 7.500 Mastplätzen demonstriert.

## Das Emsland ist voll

Die AbL-Niedersachsen begrüßte diesen Schritt der Kreisverwaltung. Das Emsland sei mit 30 Millionen agrarindustriellen Hähnchenmastplätzen und mit 840.000 Schweinemastplätzen bereits jetzt mehr als dicht. „Die Anträge auf weitere 10 Millionen Hähnchenmastplätze und auf mehrere Mega-Schweineanlagen“, so AbL-Sprecher Eckehard Niemann, „beeinträchtigen nicht nur die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung, sondern auch die Akzeptanz der Landwirtschaft und die Erweiterungsmöglichkeiten bäuerlicher Betriebe.“ Bereits in den vergangenen Jahren hatten sich zahlreiche Bürgerinitiativen

## Zukünftige Entwicklung gestalten

Die AbL forderte die Verantwortlichen des Landkreises Emsland auf, weiteren Agrarfabriken nunmehr eine klare Absage zu erteilen, bisherige Genehmigungen zu überprüfen, öffentlich eine kritische Bilanz zu ziehen und das Gespräch mit Bürgerinitiativen, Landwirten und Kommunen über die Zukunft einer bäuerlichen Landwirtschaft in einer lebenswerten Region zu suchen. Landes- und Bundespolitik seien aufgerufen, die Rufe vieler Kommunen nach einem Bauverbot für Agrarfabriken im Außenbereich der Gemeinden umzusetzen und damit zugleich das Bauprivileg für bäuerliche, mittelständische Betriebe und eine artgerechte Haltung abzusichern. *en*

# Fällt die Quote, könnte Milch auch knapp werden

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf sieht für Milcherzeuger durchaus gute Möglichkeiten, ihren Einfluss zu erhöhen

**Bauernstimme: Vor einem Jahr gab es den zweiten europäischen Milchstreik. Aber Brüssel und Berlin betreiben weiter stur die Liberalisierung des Milchmarktes. Ist der Kampf der Milchbauern verloren?**

Graefe zu Baringdorf: Nein, so eine Auseinandersetzung geht nicht einfach zu Ende. Sie tritt in eine andere Phase. Es geht auch nicht um eine schlichte Liberalisierung.

**Aber die EU zieht sich doch Schritt für Schritt aus dem Milchmarkt zurück.**

Ziel ist aber nicht ein Mehr an Marktfreiheit für die Milcherzeuger, sondern über faktische Molkequoten eher noch mehr Macht für die Milchindustrie. Die EU-Kommission hat im Jahr 2007 die Erhöhung der Milchquoten doch nicht deshalb vorgeschlagen, weil sie an Liberalisierung dachte, sondern weil sie die Milchpreise von 40 Cent und mehr beenden wollte. Sie wollte den Preis nach unten drücken. Die Interventionslager waren leer, also konnte sie den Preisanstieg nicht wie üblich mit Lagerverkäufen stoppen. Ihr blieb in ihrer Absicht nichts anderes, als Erzeugungsmenge freizugeben, d.h. die Quote auszuweiten. Das Ergebnis fiel ihr mit Milchpreisen von 18 Cent wahrscheinlich selbst zu hart aus. Aber es ändert nichts an der Absicht der Kommission – und der Milchindustrie – und daran, dass das alles innerhalb der bestehenden Quote vollzogen worden ist.

**Dennoch sieht derzeit alles danach aus, dass die Quote 2015 ausläuft und die EU dann die Menge nicht mehr steuert.**

Dass die Quote ausläuft ist ihr Plan. Aber erstens heißt das nicht, dass die bisherige Quote zum Schutz der bäuerlichen Milcherzeuger eingesetzt worden wäre. Im Gegenteil, das wurde uns ja schmerzhaft vorgeführt. Seit 1984 sind zwei Drittel aller Milcherzeuger ausgeschieden. Zweitens heißt das nicht, dass die Sache für die Bauern verloren und für die Molkereien geritzt wäre, wenn die Quote auslaufen sollte.

**Also alles halb so schlimm?**

Nein, sondern es kommt darauf ankommt, das Feld nicht der Milchindustrie und dem Bauernverband zu überlassen, sowohl mit einem staatlichen Quotensystem als auch ohne. Ein Quotensystem spielt genauso wenig automatisch den Milchbauern in die Hände wie ein Quoten-Ende den Molkereien.

**Die Milchindustrie ist aber der größte**

**Befürworter eines Quoten-Endes.**

Das stimmt, aber wie die Molkereien derzeit vorgehen zeigt, dass sie Sorge haben, in Zukunft nicht ausreichend Milch zu bekommen. Für den einzelnen Milcherzeuger war nicht zuletzt der Kapitalwert der Quote ein Anreiz, die Quote vollzumelken. Die Molkereien konnten also ziemlich sicher planen. Ein Wegfall der Quote macht die Mengenplanung für die Molkereien unsicherer. Hinzu kommt, dass ein im Vergleich zum Milchpreis steigender Ölpreis es für die Betriebe zunehmend lukrativer machen könnte, mit dem Mais nicht erst die Kuh, sondern direkt die Biogasanlage zu füttern. Die Wahrscheinlichkeit, dass Milch in der EU insgesamt knapp werden wird, ist real. Denn keine andere Region der Welt kann Europa ausreichend mit Milch versorgen.

**Aber die Anlieferungen innerhalb der EU gesamt steigen seit Monaten wieder, in NRW liegen sie sogar 8 Prozent über dem Vorjahr.**

Ja, aber es ist schon jetzt klar, dass die steigende Menge den Preis wieder unter Druck setzen wird – übrigens innerhalb der über den Bedarf angesetzten Quote. Die Milchzeugung wird sich in der EU nach dem Ende der staatlichen Quote erst richtig verändern. In einigen Betrieben und Regionen steigt die Erzeugung noch erheblich an, in anderen droht sie aber ganz flachzufallen. Die Molkereien gehen jedenfalls davon aus, dass sie sich jetzt schon Milch sichern müssen. Deshalb beginnen die Molkereien, „ihre Milcherzeuger“ mit sehr einseitigen Verträgen an sich zu binden. Deshalb finanzieren sie neue Ställe in Größenordnungen, dass die Betriebe nie mehr aufhören können zu melken. Und wie ernst sie die Konkurrenz Biogas nehmen, zeigt die niederländische Genossenschaft FrieslandCampina. Die bietet ihren Mitgliedern Energie-Abnahmeverträge an, wenn sie gleichzeitig weiterhin Milch erzeugen. Das Interesse der Molkerei besteht also nicht darin, die Energie zu bekommen, sondern die Bauern zu binden, weiterhin auch Milch zu erzeugen.

**Dann können die Milcherzeuger also**

**in Ruhe die Verknappung abwarten?**

Die Beispiele zeigen, dass die Milchindustrie sich auf eine mögliche neue Situation am Markt bereits intensiv einstellt. Relative Knappheit führt nicht automatisch zu einer besseren Position der Milchbauern am Markt. Auch dies zeigte sich im Jahr 2007. Als der BDM mit einem Milchstreik drohte, erhöhten die Handelsketten den Milchpreis und die Molkereien und selbst der Bauernverband mussten der Forderung des BDM nachgeben. Mit der gemeinsamen Streikandrohung im BDM traten die Milchbauern erstmals als wirksame Marktmacht auf. Das zweite Mal waren sie beim Streik als eigenständige Akteure am Markt aktiv und wirksam. Das hatte so eine Kraft, dass die Politik in Deutschland ins Trudeln kam. Ich erinnere an den Milchgipfel unter dem damaligen Bundesminister Seehofer, der mit öffentlicher Zustimmung aller Bundesländer alle politischen Forderungen des BDM übernommen hatte.



Das Milchboard muss politisch werden meint Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf  
Foto: Jasper

**Das endete aber nach der Bayernwahl im Wortbruch des Bundesrats.**

Ja, aber nicht weil der Streik nicht erfolgreich gewesen wäre, sondern weil versäumt worden ist, die gewonnene Marktmacht dauerhaft abzusichern.

**Man kann ja nicht ständig streiken.**

Richtig, damit muss man sorgsam umgehen. Aber wenn es gut läuft, muss man vorsichtig werden. Der erfolgreiche Streik hätte der Auftakt werden müssen, um die Bündelung der Milch am Markt aufzubauen. Das Milch Board musste ins Zentrum rücken. Denn die Politik reagiert nicht auf gute Argumente, sondern nur auf ökonomische Macht, es sei denn, der Druck der Straße wird zu groß.

**Das Milch Board existiert, aber die Bündelung stockt seit längerem bei 30 Prozent der Milcherzeuger.**

Das Milch Board entwickelt bisher keine Marktmacht. Das liegt aber nicht an der Prozentzahl. 30 Prozent ist doch schon was. Damit muss man so arbeiten, wie man mit 30 Prozent wirken kann. Der Fehler ist, dass das Milch Board sich unpolitisch gibt. Es ist aber das zentrale strategische Instrument des BDM, um den Milcherzeugern Marktmacht und damit auch politisches Gewicht zu geben. Das zu verschweigen, um auf Samtpfoten beim Bauernverband Mitglieder fischen zu wollen, kann nur scheitern.

**Was steht also nun an?**

Wie gesagt, die Aussichten am Markt sind so schlecht nicht. Die Möglichkeiten müssen genutzt werden. Solange das Milch Board als bundesweite Bündelung am Markt nicht wirksam ist, muss die Auseinandersetzung an vielen

Stellen regional geführt werden, und zwar öffentlich sichtbar. Die Milcherzeuger müssen sich wo immer möglich vor Ort zusammensetzen und dem Vorgehen der Molkereien etwas entgegensetzen. Das kann die Überlegung sein, Liefer- oder Erzeugergemeinschaften zu gründen oder bestehende zu erweitern und sie zu vernetzen. Und das Verhalten der einzelnen Milchindustrien gegenüber den berechtigten Interessen der Bauern und Verbraucher muss öffentlich publiziert werden. Wenn z.B. deutlich wird, dass der Milchkonzern Müller-Milch mit Gerichtsverfahren Bauern in die Knie zwingen und Verbraucherinnen und Verbraucher mit Gen-Milch an der Nase herum führen will, könnte der Slogan „Alles Müller“ zu einer Antiwerbung mutieren. Der Markt ist sensibel auch für soziale Qualitäten.

**Ist politische Arbeit Nebensache?**

Dies ist politische Arbeit. Politische Macht erwächst aus Markt-Macht. Je früher wir daran arbeiten, umso größer sind die Möglichkeiten, auch politisch etwas zu bewegen. Die letzte Messe ist noch längst nicht gelesen.

*Vielen Dank für das Gespräch* uj

## Neuseeland kommt mit H-Milch

Die Großmolkerei Fonterra in Neuseeland will zukünftig jährlich 90 Mio. Liter haltbare Milch produzieren, berichtet die Zeitung *New Zealand Herald*. Mit einer Investition von 4,5 Mio. Euro hat Fonterra die Verarbeitungskapazität um 30 % gesteigert. Die Milch soll vor allem in den Export gelangen. Anvisierte Märkte sind China, Singapur und Hong Kong. Gleichzeitig sollen auch neue Märkte wie Malaysia, Indonesien und Vietnam erobert werden. Durch die zugenommene Nachfrage nach Milch in Ozeanien und Asien hat Fonterra seine Produktion von H-Milch von 27 Mio. kg 2005 auf 60 Mio. kg 2009 ausgeweitet. *pe*

## Der Computer melkt

Nachdem die Melkroboter in der Praxis angekommen sind, wird jetzt weiter rationalisiert. DeLaval stellt ein automatisches Melkkarussell vor. Das neue Karussell nennt sich „DeLaval AMR“ und soll sowohl in Laufstallbetrieben als auch bei ganzjähriger Weidehaltung einsetzbar sein. Offiziell wird das Karussell auf der EuroTier in Hannover erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. DeLavals Unternehmensstrategie „Smart Farming“ habe neben dem Melkroboter mit dem Melkkarussell einen weiteren Baustein erhalten, so das Unternehmen. Ziel dieser Strategie sei, die Entwicklung vom reinen Management des Melkens zu einem gesamtbetrieblichen Rentabilitätsmanagement. Voller Stolz berichtet Andrew Turner von DeLaval bei der Einführung der Karussells „Nun können wir DeLaval unzweifelhaft als Heimat der Automation bezeichnen“. *mn*

## Käfig-Ende bietet Bauern Chancen

Das Ende der Käfighaltung und die verzögerte Umstellung der bisher dominanten Eierkonzerne auf Bodenhaltungs-Anlagen bietet Landwirten derzeit Raum für den lukrativen Einstieg in die Freiland- oder Ökohaltung von Legehennen. Dabei bieten Packstellen den Landwirten mehrere Vertragsmodelle an. Bei Lohnverträgen bekommen die Landwirte Futter und Junghennen geliefert und erhalten 2,2 bis 2,8 Cent Vergütung pro Ei. Höher sind die Margen für Landwirte, die sich nicht so eng binden, das Futter frei einkaufen und die Eier zum Marktpreis verkaufen. Die Eierkonzerne sehen diese Pläne der Landwirte laut *AgrarZeitung* mit Unbehagen – so etwa der mit dem Marktführer Deutsche Frühstücksei GmbH eng verbundene „Wiesengold“-Unternehmer Heinrich Tiemann. Der ist bereits mit 20 % Marktanteil der größte deutsche Erzeuger von Bio-Eiern, hält in mehreren ostdeutschen Anlagen mehr als eine halbe Million Hennen und plant weitere Anlagen. Gegen diese Anlagen mit 20.000 Hennen, die die angeblichen Auslauf-Flächen gar nicht nutzen können, wehren sich mittlerweile etliche Bürgerinitiativen. Widerstand gibt es auch gegen entsprechende Anlagen von Werner Hofreiter, der vordem mit am Aufbau des 30.000-Hektar-Agrarkonzerns KTG Agrar AG beteiligt war. *en*

Kurzes am Rande

# Zum kostendeckenden Preis

Faire Milch wird in NRW eingeführt

In Deutschland heißt es „die faire Milch“. Neben Baden-Württemberg, Bayern und Hessen gibt es „die faire Milch“, erkennbar an der Kuh in Deutschlandfarben, jetzt auch in Nordrhein-Westfalen. Deutschlandweit beteiligen sich an der Aktion mehr als 160 Milchbauern mit insgesamt 44 Millionen Kilogramm Milch. Von der Milch, die im Laden für 89 Cent (1,8 Prozent Fettgehalt) und 99 Cent (3,8 Prozent Fettgehalt) verkauft wird, erhalten die Lieferanten 40 Cent pro Liter.

Johannes Frenken, Milchbauer aus Heinsberg, ist einer der ersten aus Nordrhein-Westfalen, der seit dem 1. Januar 2010 seine Milch an die Milchvermarktungsgesellschaft (MVS) liefert, die im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) „die faire Milch“ vermarktet. „Wir mussten eine längere Durststrecke aushalten, da „die faire Milch“ hier erst seit September in den Läden ist.“ Frenken ist jedoch optimistisch. „Unsere Milch hat sich in den Läden schon gut etabliert und verkauft sich immer besser.“

## Faire Spotmilch

Noch wird nicht die gesamte Milch als „die faire Milch“ verkauft. Da es bislang noch nicht genügend Abnehmer gibt, werden noch etwa 74 Prozent der Milch auf dem Spotmarkt gehandelt, dessen Preise schwanken und meist unter 40 Cent liegen. Etwas mehr als ein Viertel der Milch landen in den Regalen einiger Filialen von Rewe, Edeka und tegut. Regionsleiter von Rewe West, Joachim Ax, möchte langfristig zehn Prozent der Gesamtverkaufsmenge an H-Milch in seinen Filialen als „die faire Milch“ handeln. Zurzeit sind es deutschlandweit etwa neun Prozent in den Rewe Filialen, so Ax. „Unsere bisherigen

Erfahrungen mit dem Verkauf der fairen Milch sind durchweg positiv.“

Für Milchbauern, die „faire Milch“ liefern möchten, gibt es eine Hürde. „Ein einzelner Landwirt kann nicht aufgenommen werden“, erklärt der Geschäftsführer der MVS GmbH Jacob Niedermaier. „Es müssen sich mehrere Milchbauern zusammenschließen und gemeinsam mindestens 4,5 Millionen Kilogramm Milch pro Jahr ermelken, da sonst die Erfassungskosten zu hoch sind.“

Vielen Molkereien ist das Projekt der Bauern ein Dorn im Auge. „Immer wieder wird „die faire Milch“ schlecht geredet“, erzählt Frenken. Auch Niedermaier ist mit dem Konzept „die faire Milch“ bisher auf Ablehnung bei den großen Molkereien gestoßen. „Die Molkereien werden sich irgendwann nicht mehr erlauben können, nicht mit zu machen“, so Niedermaier, „die Konkurrenz wird größer werden.“ Genau darin sieht er eine Chance. „Es wird zu einem positiven Wettbewerb kommen, wenn die Molkereien sehen, dass unsere faire Milch bei den Verbrauchern gut ankommt.“

## Großer Zuspruch

Von anderer Seite erfährt die Aktion „die faire Milch“ Zustimmung und Unterstützung. Anlässlich der Pressekonferenz zum Start der fairen Milch in Nordrhein-Westfalen Ende September begrüßte neben Vertretern vom Hilfswerk Misereor, dem BUND und dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) das Projekt der Bauern für einen fairen Milchpreis. Für 40 Cent pro Liter müssen sich die Milchbauern an Tier-, Umwelt- und Naturschutzauflagen halten. Diese Bedingungen stellt die MSV ihren Lieferanten. Dazu gehören unter anderem eine art- und tiergerechte Haltung, ein hoher Anteil an Grünfütter, eine Begrenzung des Kraftfutteranteils, keine Verwendung von Futtermitteln aus Übersee und keine Gentechnik in Futter und Saatgut. Zudem ist jeder Milchbauer dazu verpflichtet, auf seinem Hof ein Umweltschutzprojekt zu betreiben. Karl-Josef Vermöhlen, Milchbauer aus Sonsbeck in Nordrhein-Westfalen liefert „faire Milch“ und sieht die Auflagen als Chance für seinen Betrieb. „Durch das viele rohfaserreiche Futter habe ich weniger Krankheiten im Stall“, so Vermöhlen, „was sich für mich auch wirtschaftlich lohnt.“ Er sieht in der fairen-Milch-Aktion eine gute Absatzalternative für Bauern. „Die faire Milch“ wird die Krise auf dem Milchmarkt nicht abschaffen können. Sie kann jedoch eine von vielen Möglichkeiten auf dem Weg zu einem kostendeckenden Milchpreis sein. *mh*



Faire Milchbauern aus NRW voller Optimismus beim Startschuss in Köln.

Foto: Herzog

## Kein Grund zu klagen

Molkereikonzern Müller profitierte vom gestiegenen Milchpreis nach Demonstration in Leppersdorf 2008

Die Unternehmensgruppe Theo Müller kämpft in verschiedenen Arenen. Neben der Schadensersatzklage, unter anderem gegen den Bund deutscher Milchviehhalter (BDM) gab es Uneinigkeit mit der Umweltorganisation Greenpeace. Ende September jedoch musste auch der Molkerei-Marktriase Müller sich in einer geschlagen geben: Er scheiterte in letzter Instanz vor dem Bundesverfassungsgericht bei dem Versuch, die Bezeichnung „Gen-Milch“ untersagen zu lassen. Das oberste Gericht Deutschlands urteilte, die Verwendung des Begriffs Gen-Milch sei durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt. Damit gab das Bundesverfassungsgericht Greenpeace Recht, deren Auseinandersetzung mit Müller bereits seit 2004 andau-

auch der Landesbauernverband Brandenburg sowie die BDM Freie Milch AG angeklagt (die *Bauernstimme* berichtete in der letzten Ausgabe). Sollte das Oberlandesgericht Dresden das Urteil des Landesgerichts Bautzen bestätigen, müssen diese gemeinschaftlich Schadensersatz zahlen. Ein Gutachter, der die Höhe der Forderung prüft, hat inzwischen die Arbeit aufgenommen, so Landgerichtssprecher Heiko Philippi. Mit einem Ergebnis werde aber frühestens Ende des Jahres gerechnet. In diesem Gutachten geht das Landgericht zunächst von einer Summe von exakt 620.409,06 Euro aus, also von einem Teil der Gesamtsumme von etwa 680.000 Euro. Für die Differenz, müssten in einem zweiten Schritt weitere Zeugen befragt werden, so Philippi.



Auch ein Knüller: 2003 baute Müller sein Werk in Leppersdorf mit 70 Millionen Euro aus Steuermitteln zur modernsten Molkerei Europas aus und schloss im Gegenzug zwei andere Werke. Foto: Hinck

erte. Karlsruhe bestätigt damit ein entsprechendes Urteil des Bundesgerichtshofs vom März 2008. Beim Rechtsstreit des Tochterunternehmens Sachsenmilch gegen den BDM steht ein endgültiges Urteil jedoch noch aus. Wegen einer Demonstration vor dem Molkereiwerk im sächsischen Leppersdorf während des Milchstreiks 2008 sind neben dem BDM und einzelnen Landwirten

### Müllers Ansprüche

Gewinnverluste sind der Sachsenmilch und Dritten laut Prozessunterlagen beispielsweise durch rund 8 Millionen kg nicht angelieferte Milch in der No-Name-Produktion entstanden. Dies entspricht einem Betrag von etwa 170.000 Euro. Auch führt die Sachsenmilch Kosten in Höhe von ca. 205.000 Euro auf, die aus

der Vernichtung und dem Weiterverkauf nicht angelieferter Milch tschechischer Landwirte entstanden ist.

Zu betrachten ist aber auch, dass nach Schätzungen des BDM der Verbraucherpreis für Trinkmilch nach der Demonstration um rund 10 Cent pro Liter angestiegen ist. Etwa zwei Monate habe die Sachsenmilch von dem Preisanstieg profitiert, den Mehrerlös habe sie nicht an die Bauern weitergereicht, so Thorsten Sehm, Geschäftsführer des BDM. Interessant ist nun, wie das Oberlandesgericht Dresden und der Gutachter dies bewerten.

Christian Thiele aus der Gemeinde Hardegsen bei Göttingen, früher BDM-Teamleiter im Landkreis Nordheim, ist einer der Angeklagten. „Müllermilch“, so Thiele, „kann mit dieser Klage einzelne Bauern ruinieren.“ Der Konzern wolle die Bauern um jeden Preis einschüchtern. „Dass ein weltweit agierender Konzern wie Müller das nötig hat, finde ich moralisch äußerst fragwürdig.“ Die Richter urteilten bislang zu Gunsten des Unternehmens, das auf dem Milchmarkt eine zentrale Position einnimmt. Sie beanstanden in dem Teilverurteil einen „Zwang“, den die Bauern auf den Konzern ausgeübt hätten. Der eigentliche Zwang, so der BDM, gehe von der Marktmacht der Konzerne aus, die die Bauern in den Ruin treibt.

### Die Theo Müller-Gruppe

Laut Pressesprecher Rost verarbeitet der Konzern Sachsenmilch ca. 65 bis 70 Prozent der erzeugten sächsischen Milch. Das Unternehmen gehört wie die Molkereien Müllermilch und Weihenstephan, die Käseerei Loose und Handelsmarken-Produzent TCM zur weltweit agierenden Unternehmensgruppe Theo Müller. Unter dem Dach der Müller-Gruppe versammeln sich neben milchverarbeitenden Tochterfirmen auch Unternehmen, die sich mit Fruchtverarbeitung, Verpackung, Logistik und Fahrzeugtechnik befassen. Neben drei deutschen Standorten besitzt Müller zwei Werke in Tschechien und Großbritannien. Die Produkte werden in Mittel- und Osteuropa sowie Israel vertrieben. Die Müllergruppe ist unter den deutschen Molkereien das größte privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen. 2009 machte sie mit der Verarbeitung von 2,2 Mrd. kg Milch einen Umsatz von 1,8 Mrd. Euro. Mit seinen aggressiven Preisverhandlungen hat der Müller-Konzern in den vergangenen Jahren immer wieder seine Konkurrenten unter Druck gesetzt und damit molkereiübergreifend die Auszahlungspreise an die Bauern unter Druck gesetzt. Konzerne wie Müller kennzeichnen das Wesen der Molkereistruktur in Deutschland. ch

### Wachstum bei Humana

Die Humana Milchunion eG hat einen regen Zulauf an Mitgliedern. In den letzten elf Monaten sind mehr als 25 % der Lieferanten der Milchwerke Thüringen mit 55 % der Milchmenge der Genossenschaft beigetreten. Und auch zwei Drittel der Lieferanten der Milchwerke Oder-Spree GmbH haben sich für die Mitgliedschaft in der Humana-Genossenschaft entschieden. Woher der plötzliche Ansturm kommt, bleibt offen. Allerdings erklärte Humana, auch in der kommenden Zeit aktiv all die Lieferanten zu umwerben, deren Lieferverträge zum Ende des Jahres auslaufen. Aktuell gehören über 5.300 aktive Milcherzeuger der Genossenschaft an. pe



### Ministerielle Gespräche

Am 31. August hatte der Vorstand der AbL Bayern den Staatssekretär des BMELV Dr. Robert Kloos zu Gast. Unter anderem tauschten sie sich intensiv zur anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik aus. Auf dem Bild (v.l.n.r.): I. Popp, A. Rimmelberger, E. Lirsch (Landesvorsitzende), E. Friesenegger, Dr. R. Kloos, B. Kühnle (BMELV), Hr. Hahn (BMELV), J. Schmidt (Landesvorsitzender), Ute Gasteiger

Foto: Martin

### Größenwahn 21

Das Milliardenprojekt zum Umbau des Stuttgarter Bahnhofs lässt auch Bäuerinnen und Bauern nicht kalt. „Man hat sich da in ein teures Projekt verrannt“, so Herbert Ernst, Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) anlässlich einer Demonstration vor dem Nordflügel des Hauptbahnhofs. „Wir finden hier Parallelen zu dem Größenwahnsinn in der Landwirtschaft.“ Beides führe zu Überschuldung, Kosten und hohem Energieaufwand in Zeiten des Klimawandels, so der Bauer aus Oberdingen-Flehing. „Was wir brauchen sind viele kleine Bahnhöfe und viele kleine Bauernhöfe!“ mh



Auch die AbL demonstriert in Stuttgart.

Foto: Fritz

### Bayerns Bio-Verbandspioniere geehrt

Anlässlich des 10jährigen Jubiläums der bayerischen Öko-Erlebnistage Anfang September in der Münchner Residenz verlieh Helmut Brunner, Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 21 tragenden Persönlichkeiten der Ökoverbände in Bayern die bayerische Staatsmedaille. „Als Leistungsträger und Vorbilder haben Sie in vielen Gremien Verantwortung übernommen und damit einen wichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft in Bayern geleistet“, sagte der Minister Brunner.

Für sein ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet wurde auch AbL-Landesgeschäftsführer Andreas Rimmelberger. Er ist nicht nur im ökologischen Landbau aktiv, sondern ist Mitinitiator der Klimawerkstatt Chiemgau-Inn-Salzach und Ansprechpartner beim Projekt „Region aktiv Inn-Salzach“. Initiiert hat er auch die Entwicklung von Forschungsprojekten zum Omega-3-Gehalt in Biomilch. Langjährig engagiert ist Rimmelberger darüber hinaus im Naturschutzbeirat. pm

Kurzes am Rande

## Gemeinsam an die Forken!

Liebe Leserinnen und Leser,

was für einen Mut haben Bäuerinnen und Bauern und eine Handvoll bewegter Menschen bewiesen, als sie vor 30 Jahren die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) als Verein gegründet haben. Und was für eine Kraft, Phantasie und Leidenschaft bedeutet es, eine bäuerliche Interessenvertretung über so eine lange Zeit durch Höhen und Tiefen zu steuern, ganz gleich, welche Parteien die Regierung stellen. Es zeugt von Weitsicht, dass die Gründungsfrauen und -männer „Widerstand und Selbsthilfe“ als die tragenden Säulen der AbL in der Satzung verankert haben. Längst ist die AbL nicht mehr nur ein „interessanter Stachel im Fleisch der herrschenden Agrarpolitik und des Bauernverbandes“, wie der *SPIEGEL* einst geschrieben hat. Heute mischen wir aktiv bei vielen wichtigen Auseinandersetzungen auf dem Lande mit, verbinden uns mit vielen bewegten Menschen und Verbänden. Im Kampf um eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft unterstützen wir u.a. die Milchbauernbewegung und die vielen Aktivitäten gegen die Gentechnik. In Projekten mit Dritte-Welt-Organisationen brechen wir eine Lanze für den fairen Handel mit den Kleinbauern im Süden der Erdkugel und wir sind dabei im bundesweiten Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken.“ Wir kämpfen für das Nachbaurecht beim Saatgut genauso wie für eine gerechtere Flächenvergabepraxis in Ostdeutschland. Und wir geben Monat für Monat unsere Zeitung „Unabhängige Bau-

ernstimmte“ heraus und das seit 34 Jahren. All diese Arbeit kostet Kraft und Geld – sie macht aber auch viel Spaß. Man lernt interessante, gleich gesinnte Menschen kennen, erlebt spannende Veranstaltungen und ist bei pfiffigen Aktionen dabei. Neue Herausforderungen warten auf uns: Wir wollen mit vielen anderen Verbänden eine starke Kampagne für eine grundlegende EU-Agrarreform starten und den Griff der Gentechnikkonzerne nach den Äckern der Bauern und den Tellern der Verbraucher erfolgreich abschmettern. Vor einem Jahr hat sich die Junge AbL gegründet, um uns mit Rat und Tat zu unterstützen und um eigene Akzente zu setzen. Das ist toll und richtig so. Wir wollen deutliche Zeichen setzen. Dafür können wir personelle und finanzielle Verstärkung noch gut gebrauchen. Sie als Leserinnen und Leser der Bauernstimme können uns dabei helfen. Wie? Schauen Sie sich den beiliegenden AbL-Flyer an und entscheiden Sie selbst über Ihre Mithilfe. Sprechen Sie andere Menschen auf die AbL an und gewinnen Sie weitere Mitstreiter für die Mitgliedschaft im Verein und für ein Abo der Zeitung. Wir helfen Ihnen gerne bei der Organisation einer Veranstaltung oder durch Vermittlung von guten Referenten. Unsere Viehställe können wir allein ausmisten. Die politischen Ställe in Berlin und Brüssel schaffen wir nur gemeinsam. Auf geht's! Gemeinsam an die Forken!

Georg Janßen

AbL-Bundesgeschäftsführer

## Alternativer Forschungsverbund

Praxisbezogene Forschung soll respektloser und mutiger werden

Das Forschungsinstitut biologischer Landbau (FiBL), die Stiftung Ökologischer Landbau (SÖL) und die beiden Anbauverbände Bioland und Naturland wollen sich künftig in Forschungsfragen eng miteinander abstimmen. Dazu haben sie einen Verbund ökologische Praxisforschung – VÖP – gegründet. Die feierliche Unterzeichnung des Abkommens fand am 21. September 2010 auf der Domäne Frankenhäuser der Universität Kassel statt. Stört der Landwirt die Agrarforschung? Urs Niggli, der Leiter des FiBL-Schweiz, stellte diese Frage provokativ in den Raum. Forschung müsse respektloser und mutiger werden, um, wie einst in den Anfängen des Ökolandbaus, zusammen mit Bauern und Bäuerinnen neue Lösungen zu finden, die auch den Bedürfnissen der Gesellschaft dienen. Ein Ziel, das der Präsidiums vorsitzende und Landwirt Hans Hohe-

nester von Naturland den rund 50 bundesweit zur Verbundsunterzeichnung angereisten Teilnehmern ganz pragmatisch in dem Satz zusammenfasste: Wir müssen unsere Höfe für die nächste Generation weiterentwickeln. Dazu wird ein gemeinsames Projektmanagement sowie ein festes Netz kooperierender Betriebe aufgebaut, erklärt Jan Plagge vom Koordinationskreis des Verbundes und Geschäftsführer der Biolandberatungs GmbH. Einen festen neuen Rahmen hatten sich bereits die beiden Verbundpartner FiBL-Deutschland und SÖL zwei Wochen zuvor gegeben und die FiBL & Partner GmbH gegründet. Beide Organisationen besitzen einen Anteil von 50 Prozent an der neuen Organisation mit deren Hilfe sie effizienter und schlagkräftiger im Forschungs- und Dienstleistungsbereich zusammenarbeiten wollen.

AFK



## Und der Atommüll geht ins Wendland.

Da stellen wir uns quer, sagt die umliegende Bevölkerung und bekommt Unterstützung aus der ganzen Republik

Es ist der 18. September gegen halb zwölf auf dem Vorplatz des Berliner Hauptbahnhofs. Es ist noch eine überschaubare Menge an Menschen, als Moderator und Mitorganisator Dirk Seifert das „Warm up“ für die geplante Großdemo gegen Atomkraft in Berlin eröffnet. Aber um 13 Uhr sieht das Bild anders aus. 100.000 Menschen jeglicher Altersklasse finden sich zusammen, um gegen eine unverantwortliche Energiepolitik zu demonstrieren. Die Steilvorlage für diese Renaissance des Atomwiderstands lieferte in den vergangenen Wochen die Bundesregierung, indem sie mit ihrer Atompolitik dort angeknüpft hat, wo sie vor zwölf Jahren abgewählt wurde. Zeitgleich demonstrieren in Stuttgart nochmals 50.000 Menschen gegen Stuttgart 21 und solidarisieren sich mit dem Atomwiderstand.

Gegen 13 Uhr fällt der Startschuss und es wird damit begonnen, das Regierungsviertel zu umzingeln. Eigentlich war geplant, die Kundgebung auf der Reichstagswiese abzuhalten, aber dieses war tags zuvor verboten worden, weil man Angst hatte, dass dort Grünland in Acker umgewandelt werden würde. Also wurde sie komplett mit Hamburger Verschluss eingezäunt und bewacht. Als die Menschenmassen jedoch nach der Umzingelung nicht mehr auf das Kundgebungsgelände passten, entschied die Polizei kurzfristig, die Absperrungen abzubauen und den Platz zur Verfügung zu stellen.

Auf der Abschlusskundgebung wurde neben starker Kritik an der Laufzeitverlängerung immer wieder auf die ungelöste Frage der Lagerung des Atommülls hingewiesen, auch der Widerstand in Gorleben stand immer wieder im Mittelpunkt der Wortbeiträge, auch wenn sich der Gorlebenwiderstand bei der Organisation sehr zurückgehalten hat. Das hat sicherlich auch mit den Veränderungen, die vor Ort zu befürchten sind, zu tun. So war der Gorlebenuntersuchungsausschuss am 16. September vor Ort und hat sich den Stand der Dinge dort angesehen und sich danach der ansässigen Bevöl-

kerung zur Diskussion gestellt. Neue Erkenntnisse gab es dort jedoch nicht.

Unbeeindruckt von den vielen Demonstranten am Samstag in Berlin verkündet Niedersachsens Umweltminister Sander dann auch am darauf folgenden Dienstag, dass in Gorleben der Salzstock weiter erkundet werden soll, ob er dann als mögliches Endlager für radioaktiven Müll dienen kann. Alternative Standorte sollen nicht in Betracht gezogen werden, auch deswegen nicht, weil man ja in Gorleben schon 1,2 Mrd. verbaut hat. Klingt für Otto Normalverbraucher auch nach viel Geld, ist im Verhältnis zu den geschätzten 50 bis 70 Mrd. Zusatzgewinnen, die die Energiekonzerne durch die Laufzeitverlängerung verdienen, Peanuts. Aber für die paar Leute in Wendland und Umgebung muss man ja nicht auf Langzeitsicherheit setzen. Und die Bundesregierung prüft sogar, ob sie die Erkundung nicht sogar in private Hände geben soll, obwohl sie doch in der Asse den Betreiber gerade erst verstaatlicht haben und immer neue Details von Schlamperie ans Tageslicht kommen.

Da wundert es wahrlich nicht, dass es kritische Grundeigentümer in Gorleben gibt, die nicht käuflich sind und ihren Grund und Boden nicht zum Ausbau eines Endlagers zur Verfügung stellen. Doch auch hierbei ist man in Berlin gelassen, dass man dafür ein Enteignungsgesetz formuliert bekommt. Gemeinwohl geht da vor Eigenwohl, wobei natürlich fraglich ist, ob die vier großen Stromkonzerne die Allgemeinheit verkörpern und ob in Anbetracht der Tatsache, dass wir schon lange nicht mehr auf die Kernenergie angewiesen sind, ein solches Argument noch zählt.

Allerdings wird in Gorleben angeblich ja „nur“ erkundet, und dies geschieht nach Bergrecht, das eigentlich keine Enteignung zulässt. Erschwerend kommt für die Koalition sicherlich auch noch hinzu, dass die bestehenden Pachtverträge mit den übrigen Grundstückseigentümern im Jahr 2015 auslaufen, weil man bis dahin eigentlich zu Ende erkundet haben will.



Immer wieder ein gefragter Redner auf Anti-Atomkundgebungen: Martin Schulz

Politiker von CDU, CSU und FDP machen aber immer wieder darauf aufmerksam, dass das Ergebnis der Erkundung in Gorleben eigentlich fest steht, und man auf keinen Fall andere Gesteinsformationen untersuchen will. Sie wissen, dass sie den Gau in Gorleben nicht mehr erleben werden, aber wir verteidigen hier unsere Höfe für nachfolgende Generationen. Deshalb ist es für uns so wichtig, dass am 6. November zur Auftaktkundgebung zum diesjährigen Castortransport möglichst viele Leute ins Wendland kommen, um uns zu unterstützen. Ich glaube, dass in der Atompolitik noch nicht das letzte Wort gesprochen ist und die schwarz-gelben Regierungen in den Ländern und im Bund um ihre Mehrheiten fürchten müssen, wenn sie diesen knallharten Kurs weiterfahren. Deshalb werden wir von der bäuerlichen Notgemeinschaft auch unserem Motto treu bleiben: Öfters mal einen ausgeben, aber niemals aufgeben!

Martin Schulz:

*Neulandbauer im Wendland,  
Mitglied der bäuerlichen Notgemeinschaft  
und im Vorstand der AbL-Niedersachsen*

### Vieh im Internet

Am 8.10.2010 ist es soweit. Die mit Landwirten entwickelte Internet-handelsplattform Vieh24 startet. In Kooperation mit verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen, einer Versicherung, einer Sparkasse und einem renommierten Tiertransportunternehmen wird Landwirten erstmalig der direkte, überregionale Kauf und Verkauf von Vieh in den Sparten Nutztvieh, Zuchtvieh, Schlachtvieh, Embryonen und Sperma ermöglicht.

Viehhandel kann in seiner traditionellen Form gerade für kleinere Betriebe mit wenig Personal oft aufwändig und damit unwirtschaftlich sein. Auktionen erfordern Zeit und Anwesenheit – und erreichen oft nur einen begrenzten lokalen Markt. Diese Probleme kommen besonders bei selteneren Rassen oder Biovieh zum Tragen. Auch der Viehhandel als Dienstleister kann da nur eingeschränkt – und gegen ein gutes Entgelt – helfen. Dieses Dilemma versucht das neue Internet-Unternehmen Nutztvieh24 mit seiner Handelsplattform Vieh24 ([www.vieh24.de](http://www.vieh24.de)) zu lösen. Gegründet von zwei Marketingexperten aus der IT-Industrie, will es das eBay für Vieh werden. Viehhandel von Betrieb zu Betrieb soll hier direkt und einfach rund um die Uhr als Internet-Auktion und zum Sofort-Kauf möglich werden. Angebote sind für Interessenten deutschlandweit sichtbar, was zu besseren Preisen führen soll. Vieh24 befindet sich mehrheitlich im Besitz der Gründer, die sich mit dieser Innovation in vollkommene Neuland begeben haben.

pe

Ob Treckerblockade, Menschen an Pyramiden oder Pinup-Kalender. Die bäuerliche Notgemeinschaft ist eine feste Größe im Widerstand. Fotos: Nürnberger



## Riesen-Agrarfabrik bei Venlo

Unweit der deutschen Grenze in der niederländischen Gemeinde Horst an der Maas (bei Venlo) haben Agrarindustrielle einen landwirtschaftlichen „Megabetrieb“ beantragt: mit 1,3 Millionen Masthühnern, 75.000 Muttertieren, Brüterei, 2.500 Sauen, 20.000 Mastschweinen, Schlachtung und Gülleverarbeitung. Hinter dem Projekt, das mit „geschlossenen Stoffkreisläufen und umwelt- und tierfreundlichen kurzen Wegen“ wirbt, stehen der Geflügelmäster Kuijpers Kip, die beiden Schweinehaltungen Houbensteyn Group und Heideveld Holding sowie die für die Energieanlage zuständige Christiaens Group. Die Ausarbeitung des Riesenprojekts wurde vom niederländischen Landwirtschaftsministerium bezuschusst. Zahlreiche Proteste von Einwohnern und Gegnern der Massentierhaltung verzögerten den schon 2009 geplanten Baubeginn. *en*

## Dänische Schweinehalter am Wendepunkt

Infolge der fortdauernden Krise des Finanzsystems befinden sich die dänischen Schweinehalter laut Agrarzeitung in einer tiefen Krise. Seit 1989 sank die Zahl der Mäster von 8.000 auf 2.000 und die der Ferkelerzeuger von 7.000 auf eine Zahl weit unter 1.000. Es gebe praktisch keine Investitionen und keine Nachfrage nach Boden mehr, die Bodenpreise (die ja als Kreditabsicherung wichtig sind) seien von 40.000 auf 20.000 bis 30.000 Euro/ha gefallen. Viele Banken seien nach der Finanzkrise bankrott gegangen oder verstaatlicht worden. Um parallel zur sinkenden Bedeutung der Mast die Ferkel-Exporte zu stützen, hat der dänische Staat Ende 2009 die bisher geltende Obergrenze von 500 auf 950 Tiere pro Haltungseinheit erhöht. Die Tierschutz-Standards würden aber eher noch erhöht – weil sie im Wettbewerb künftig eine immer größere Bedeutung erhalten würden. *pe*

## Masthühner-Agrarfabriken verhindert

In Rullstorf bei Lüneburg hat ein Landwirt angesichts des öffentlichen Protests seine Pläne für einen 84.000er Masthühnerstall aufgegeben. Die rotgrüne Kreistagskoalition hatte sich generell gegen Agrarindustrie im Landkreis ausgesprochen. In Dambeck bei Salzwedel verhinderte ein Konkurs des Betriebes die Hähnchenmastpläne eines Landwirts. Im letzteren Fall bleibt offen, ob die bisherigen Hintermänner (aus der Biogasbranche) das Projekt weiterführen dürfen. *en*

## EU-Tierschutz-Aktionsplan

Die EU erarbeitet derzeit einen neuen Tierschutz-Aktionsplan für den Zeitraum 2011 bis 2015. Er soll ein allgemeines europäisches Tierschutzrecht entwickeln und ein neues Zentrum für Tierschutz schaffen. Prof. Dr. Hartung von der Tierärztlichen Hochschule Hannover betonte beim „Veredelungstag“ des Bauernverbands die wachsende Bedeutung des Tierschutzes in Politik und Gesetzgebung, bei einer Bürgerbefragung der EU hätten 80 % der Befragten dem Tierschutz eine besonders wichtige Rolle zugemessen. *en*



Qualvoller Todesweg. Geplante 432.000 Mal am Tag Foto: soylentnetwork

Kurzes am Rande

# Rothkötter stoppen

Gegen die Massentierhaltung und Massenschlachtung

Ein Bauernhof vor den Toren Celles ist der Ort der Veranstaltung gegen den geplanten Großschlachthof in Wietze, ganz in der Nähe. Das Podium ist fachkundig besetzt. Neben den Vertretern der BI, Norbert Joretzo und Eckehard Niemann vom Bündnis Bauernhöfe statt Agrarfabriken, ist auch Politprominenz aus Brüssel angereist. Die Grüne Europapolitikerin Rebecca Harms kam gemeinsam mit dem französischen EU-Parlamentarier und Umweltaktivisten José Bové.

Das Projekt ist ein weiterer Schritt zur Industrialisierung der Landwirtschaft. Im Zentrum steht der Geflügelgroßschlachthof des Investors Rothkötter. 432.000 Tiere am Tag sollen hier geschlachtet werden. Wie Satelliten sollen die Zulieferställe im Umkreis entstehen. Nach den Vorstellungen des Investors Rothkötter werden die Ställe von Landwirten, gegebenenfalls mit seiner finanziellen Unterstützung, gebaut.

### Viel Gegenwind

Die Bevölkerung, viele Bauern und Verbraucher, halten nichts vom Schlachtkonzern. „Wir sehen, dass wir in Wietze ein Krebsgeschwür bekommen, das viele Metastasen hat. Das sind die vielen, vielen Mastställe“, fasst der Vorsitzende der Bürgerinitiative Norbert Juretzko die Stimmung zusammen. Seit der Gründung der BI vor neun Monaten ist viel passiert. Mit gerade einmal einem Dutzend Mitglieder begann man damals, sich gegen die Pläne des Schlachtkonzerns zur Wehr zu setzen. Inzwischen sind über 1.000 Menschen in der BI organisiert.

### Unterstützung aus Frankreich

Das Vorhaben ist „unnützlich, gefährlich und rückwärts gewandt“ ist die Einschätzung von José Bové. Dann erläuterte der kleine, kämpferische Franzose mit dem gewinnenden Lächeln, dass es in Europa genügend Hühnchen für die eigene Versorgung gibt. Gefährlich ist es, weil die Erfahrungen mit der Vogelgrippe und der Schweinepest in den vergangenen Jahren gezeigt haben, dass Massentierhaltungen ein Geburts- und Übertragungsort von – auch für Menschen gefährlichen – Keimen sind. Studien in Frankreich, so der Franzose, hätten gezeigt, dass Arbeiter aus Massentierhal-

tungsanlagen deutlich öfter mit multiresistenten Keimen belastet sind als der Rest der Bevölkerung. Einen deutlichen Zusammenhang gäbe es auch zwischen der Größe der Mastanlage und dem Vorkommen von Multiresistenzen. Vor allem aber sei das Projekt nicht mehr zeitgemäß. Verkörpert es doch eine Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf immer mehr und immer größer. Dies bestätigt auch Rebecca Harms. Das in der aktuellen Diskussion – sowohl anlässlich der GAP Reform 2013 als auch auf dem Millenniumsgipfel – formulierte Ziel sei eine nachhaltige, die Biodiversität schützende, umweltverträgliche und CO<sub>2</sub> reduzierende Landwirtschaft. Genau das Gegenteil aber geschehe in Wietze. Absolut unverständlich sei vor diesem Hintergrund die Förderung mit EU-Mitteln. Von fünf Millionen Euro ist die Rede. Darüber hinaus werden Abhängigkeiten geschaffen. Die Landwirte sollen eng an den Schlachtkonzern gebunden werden, haben keinerlei Alternativen, ihre Produkte abzusetzen, und sind schon beim Einkauf der Küken auf den Investor Rothkötter angewiesen. Einzig die Aufzucht und damit das Risiko von Tierverlusten durch Krankheit und Seuchen verbleibt beim Landwirt.

### Vernetzung und Zusammenhalt

Die Gemeinsamkeiten der europäischen Bauern im Kampf für eine an bäuerlichen Werten orientierte Agrarpolitik betonte Eckehard Niemann vom Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Über Ländergrenzen hinweg haben Bauern verstanden, dass sie keine Konkurrenten sind, sondern gleiche Ziele verfolgen. Er warnte davor, Fehler zu wiederholen, deren Auswirkungen andernorts schon lange sichtbar sind. In den Niederlanden beispielsweise gehen agrarindustrielle Betriebe in Folge von Problemen mit hohen Phosphatbelastungen zurück. Die Betreiber werden von staatlicher Seite herausgekauft. Nicht wenige, so Niemann, nutzen das so gewonnene Kapital, um im Osten Deutschlands wieder in industrielle Massentierhaltungen zu investieren. Sehr erfreut zeigte er sich über das breite gesellschaftliche Engagement. Vielerorts ginge es nicht mehr nur darum, ein Bauvorhaben zu verhindern. Vielmehr schauten die Beteiligten auf die Hintergründe, fragten nach Auswirkungen auf die regionalen Strukturen und verstünden, dass es nicht nur um das Einzelprojekt gehe, sondern vielmehr um die Frage, welche Agrarpolitik in Zukunft gesellschaftlich gewünscht sei. Dazu, so Niemann, sei es notwendig, sich europaweit zu vernetzen. Auch um die agroindustriellen Komplexe, die weiterhin geplant würden, verhindern zu können. *mn*

Wer seine Ernte direkt zum Lagerhaus fährt hat wenig Einfluss auf den zu erzielenden Preis. Er muss nehmen, was kommt. Besser ist es, wenn man die Getreideernte im eigenen Silo einlagern kann. Natürlich kostet das Geld. Aber die im Jahresverlauf zu Weihnachten bzw. zum Beginn des neuen Jahres steigenden Preise machten derartige Investitionen sinnvoll. Kurz vor der neuen Ernte, dann fielen die Preise in der Regel wieder. Sowieso war vor allem die Ernte in Deutschland für den hier zu erzielenden Preis verantwortlich. Das ist schon lange vorbei. Inzwischen sind die Ernten und die Ernterwartungen rund um den Globus für die Preisfindung verantwortlich. Längst sind es aber nicht mehr nur reale Ernten, der Weizen im LKW, die Gerste im Silo oder die Sojalahmung in einem Schiffsbauch, über deren Preis verhandelt wird, die selbst Gegenstand des Handels ist. Spätestens seit der Finanzkrise 2007/08 hat der Anteil der reinen Spekulation auf Gewinne aus den Preisschwankungen an den Rohstoffbörsen extrem zugenommen. Inzwischen beeinflusst das Verhalten der Investmentsspekulanten die Börsenkurse und damit auch die realen Preise. Höhere Preise bei den Agrarrohstoffen fallen in den reichen Industriestaaten selten auf. Für die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern entscheiden sie aber über satt werden oder hungern.



## Bulle und Bär. Gewinn kennt keine Moral

Finanzinvestoren suchen nach neuen Investitionsfeldern und haben die Rohstoffmärkte für sich entdeckt

Die Preise für Agrarrohstoffe wie Getreide, Mais, Reis, Kakao usw. unterliegen in den vergangenen Jahren vermehrt starken Schwankungen sowohl nach oben als auch nach unten. Weder die Ernte noch das Angebot und die tatsächliche Nachfrage können eine Erklärung für diese Preisausschläge liefern. Besonders deutlich trat das Phänomen 2007/08 parallel zur Finanzkrise in Erscheinung. Damals stiegen die Preise für Weizen so stark an, dass es in verschiedenen Ländern des Südens allen voran in Mexiko (Tortillakrise) zu Revolten der hungernden Bevölkerung kam.

### Ursachen nicht erkannt

Das Phänomen wurde damals mit der erstarkenden Bioethanolproduktion in den USA sowie einer Zunahme des Anbaus nachwachsender Rohstoffe weltweit erklärt. Die Weltbank ging 2008 in einer Studie von einem Anteil der Bioethanolproduktion von 70 Prozent an der Preissteigerung aus. Allerdings stieg auch der Preis für Reis in diesem Zeitraum (2007/08) um 165 Prozent, obwohl dieser nicht für die Bioethanolproduktion genutzt werden kann und auch als Substitution von Weizen bzw. Mais nicht in Frage kommt. Weiterhin kann aufgrund der klimatischen und kulturellen Bedingungen in den Anbauländern ausgeschlossen werden, dass Reis durch andere Pflanzen verdrängt wurde. Nach einem rasanten Preisanstieg fielen

die Preise annähernd so schnell, wie sie gestiegen waren. Langfristige, den Markt nachhaltig beeinflussende Faktoren wie eine Ausweitung der Bioethanolproduktion, veränderte Ernährungsgewohnheiten und bzw. oder eine Verknappung der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Flächen scheiden demnach als Faktoren aus.

Das deutsche Entwicklungsministerium erkennt im April 2008 in der Spekulation die Ursache für die Entstehung des Preishochs. Auch die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung identifiziert Spekulation als für die Preissteigerungen verantwortlich. Die Weltbank sieht zwar einen Einfluss durch Spekulation, rechnet ihr aber maximal eine untergeordnete Rolle zu. Inzwischen wird auch von führenden Ökonomen nicht länger bestritten, dass Spekulation für das Entstehen der Blase verantwortlich war. Durch die Finanzkrise war es für Investoren bzw. Spekulanten notwendig, große Mengen Kapital in neue, vermeintlich sichere und gewinnbringende Märkte zu investieren. Sie entdeckten den lukrativen Markt der Agrarrohstoffe.

Dabei ist Spekulation auch aus Sicht der Landwirtschaft nicht nur negativ. Sie kann sogar sehr nützlich sein, um Preise über Terminkontrakte in der Zukunft (Futures) abzusichern. Wenn große Mengen Geld in diesen Markt eingebracht werden, kann Spekulation allerdings dazu führen, dass sich das Börsen-

geschehen vom physischen Markt löst. Auf diese Weise entstehen Spekulationsblasen, die zu extrem kurzzeitigen Preisanstiegen und -abfällen führen. Die Volatilität der Märkte wird durch Spekulation größer. Auch wenn sie keinen realen Hintergrund mehr haben, so sind die Börsenpreise dennoch ausschlaggebend für die Preise der physisch gehandelten Ware. Extreme Preisanstiege führen daher zu einer Verknappung, auch wenn genügend Rohstoffe vorhanden sind. Besonders dramatisch ist dies für Länder, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind. In vielen Fällen ist eine Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln aufgrund der ungerechtfertigt hohen Preise nicht mehr möglich. Dies führt zu mehr Hunger und Unterernährung vor allem der armen Bevölkerungsschichten.

### Ein gutes Investitionsfeld

Agrarrohstoffe, vor allem Lebens- und Futtermittel, werden immer benötigt. Die zukünftigen Entwicklungen garantieren einen kontinuierlichen Anstieg. Ursachen sind sowohl das Wachstum der Weltbevölkerung als auch die begrenzten Anbauflächen. Neben diesen langfristigen Einflussfaktoren unterliegen diese auch kurzfristigen Schwankungen. Neben der schon erwähnten Spekulation sind dies der Einfluss von Wetter, schlechten Wechselkursen und Exportbeschränkungen, wie sie aktuell von Russland für die Ausfuhr

von Weizen verhängt wurden. Einen entscheidenden Einfluss hat auch der Ölpreis. Er ist indirekt an vielen Prozessen in der Landwirtschaft (Kraftstoff, Düngerproduktion, Herstellung von Maschinen usw.), dem Transport und der Verarbeitung beteiligt. Ein Anstieg des Ölpreises, sei es durch eine absehbare Verknappung oder aber spekulationsbedingt, führt seinerseits zu einem Anstieg der Preise von Agrarprodukten. Nur eine Entwicklung hin zu einer von fossilen Energien unabhängigeren Form der Landbewirtschaftung könnte dies verhindern.

Dass der Handel mit Agrar-Produkten auf lange Sicht lukrativ ist, hat dazu geführt, dass sich neben einem rein spekulativen Marktgeschehen, bei dem es nicht mehr um das physische Produkt, sondern allein um den Gewinn aus einer Wette auf steigende oder auch fallende Preise geht, immer mehr Investmentbanken als Handelspartner generieren. Das Geschäftsfeld von Unternehmen wie Cargill, Bunge oder ADM, die seit Jahrzehnten im Handel mit Agrarrohstoffen und deren Weiterverarbeitung aktiv sind, wurde von den Finanzinvestoren entdeckt. Unternehmen wie Glencore, Goldman-Sachs und die Deutsche Bank suchen die Nähe zum physischen Markt durch den Kauf eigener Getreidehandelshäuser (Glencore), den Einstieg ins Kaffeegeschäft (Goldman-Sachs) oder die enge Kooperation mit am Zuckermarkt engagierten Unternehmen (Deutsche Bank) mm

# Kosten transparenter machen und Spekulation unterbinden

Der Europaabgeordnete José Bové im Interview mit der Bauernstimme

*In den letzten Jahren hat das Problem der Spekulation mit Agrarrohstoffen extrem zugenommen. Seit wann besteht dieses Interesse?*

Man kann drei Wellen ausmachen. Die erste war im Jahr 2000. Die Spekulationsblase im Technologiesektor hatte zur Folge, dass sich Investmentfonds am Agrarrohstoffmarkt engagiert haben. Das zweite Mal geschah dies während der Immobilienkrise in den USA und der sich anschließenden Finanzkrise 2007/08. Aktuell surft die Finanzwelt auf der dritten Welle

*Welchen Einfluss haben die Spekulationen auf die Preise an den Börsen? Sind es nicht auch Exportbeschränkungen, wie die der russischen Regierung anlässlich der verheerenden Brände in diesem Sommer, die die Preise massiv beeinflussen?*

Etwa 93 Prozent der Transaktionen mit Agrarrohstoffen haben derzeit einen spekulativen Charakter. Es gibt nur sieben Prozent, die eine direkte Verbindung zur physischen Produktion haben. Neben der Börsenspekulation gibt es Handelsunternehmen, die direkt mit einzelnen Staaten kooperieren. Die russische Entscheidung, den Getreideexport zu unterbinden, war z.B. eng mit dem Engagement des multinationalen Handelsunternehmens Glencore mit Sitz in der Schweiz verbunden.

*Die Finanzminister diskutieren seit mehreren Jahren, wie sie die Spekulanten strenger kontrollieren können. Gibt es überhaupt Möglichkeiten, der Spekulation zu begegnen?*

Auch als Reaktion auf die Berichte der FAO und der Vereinigten Staaten, die den Einfluss der Spekulation auf die Preisentwicklung bestätigen, fordert das europäische Parlament sowie einige Mitgliedstaaten, dieses System zu beenden. Es geht darum, die Agrarrohstoffe dem Einfluss der Spekulation zu entziehen. Es muss eindeutig festgelegt werden, dass es kein Recht gibt, mit Agrarrohstoffen herumzuspekulieren.

*Welche Auswirkungen hat die Spekulation?*

Die Spekulation hat vor allem zwei negative Auswirkungen. Der Anstieg der Rohstoffpreise macht es vielen armen Ländern unmöglich, ihre teilweise hungernde Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen, obwohl genügend Nahrungsmittel verfügbar wären. Zum anderen haben die hohen Preise einen Einfluss auf die Situation innerhalb Europas und zwar bei den

Futtermitteln. Hier gibt es zum Teil Preisanstiege um 30 bis 40 Prozent, was dazu führt, dass viele Produzenten, vor allem Schweine- und Geflügelhalter, in finanzielle Not geraten, weil die Erlöse für tierische Produkte weiterhin sehr niedrig sind.

*Steht eine Regulierung der Spekulation nicht im Widerspruch zu den Bemühungen der EU-Kommission um eine weitere Liberalisierung der Märkte?*

Nein, denn eine Regulation der Spekulationsmärkte hat nichts mit dem Ab- bzw. Ausbau von Exportbeschränkungen zu tun. Spekulation ist ein komplett anderes System, das vom physischen Markt vollkommen losgelöst ist. Wie gesagt: 93 Prozent der Handelsbewegungen haben nichts mit dem tatsächlichen Markt zu tun.



José Bové kämpft für eine bäuerliche Landwirtschaft. Immer wieder hat er sich vor Ort tatkräftig für deren Interessen eingesetzt. Foto: Nürnberger

*Sie haben im Europaparlament einen Initiativbericht eingebracht, der mit einer großen Mehrheit verabschiedet wurde. Ziel ist es, faire Preise für Bauern und Verbraucher zu garantieren. Welches sind die Kernpunkte?*

In dem Bericht geht es um faire Preise für Bauern, eine Preis-Transparenz innerhalb der Lebensmittelkette und eine Unterbindung der Spekulation mit Agrarrohstoffen. In gewisser Weise ist der Bericht eine Richtschnur für die aktuellen Verhandlungen zur GAP Reform.

*Die Bauern fordern seit langem faire Preise für ihre Produkte. Welche Schritte sind hierzu notwendig?*

Ein wichtiger Punkt ist ein Verbot, Produkte unter dem Erzeugerpreis zu verkaufen. Das ist eine prinzipielle Frage. Heute sollte es den Supermärkten eigentlich verboten sein, unter dem Einkaufspreis zu verkaufen. Das Verbot des Verkaufs mit Verlust sollte auch für die Bauern gelten.

*Die in Ihrem Bericht geforderte Offenlegung der Produktionskosten und der Handelsspannen der verarbeitenden Unternehmen und der Handelsketten soll auch für die Bauern gelten?*

Das ist ein Hilfsmittel für die Landwirte, um ihre Kosten an die nächste Ebene weitergeben zu können. Ein Bericht der EU-Kommission belegt, dass

*dieses Ungleichgewicht beseitigt werden muss. Wie kann man sich das vorstellen?*

Zuerst muss man festhalten, dass man dieses Ungleichgewicht nur dann beenden kann, wenn man in einem ersten Schritt angebotssteuernde Maßnahmen schafft bzw. erhält. Denn selbst wenn man transparente Strukturen geschaffen hat, aber mehr produziert, als der Markt aufnehmen kann, ist man in einer sehr komplizierten Verhandlungsposition. Aus diesem Grund ist auch das Bestreben der Kommission, die Milchquoten abzuschaffen, kontraproduktiv. Vor allem wenn man weiß, dass in den USA die Diskussion um Quoten jetzt in die entgegengesetzte Richtung geht. Der Kongress hat die Frage bezüglich einer Einführung von Milchquoten eingebracht und der amerikanische Landwirtschaftsminister hat sie aufgegriffen. In Europa läuft die Diskussion komplett andersherum.

*Welcher Maßnahmen bedarf es noch?*

Es geht darum wie die Bauern sich organisieren können, um in eine gute Verhandlungsposition zu kommen. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten z.B. die Organisation in einem Verband oder dass sie sich um die zu beliefernden Firmen gruppieren, wie es die großen Verbände anstreben. Es gibt hier eine wirkliche Auseinandersetzung mit den großen, industrienahen Verbänden. Wenn man diese Strukturen aufbrechen will, braucht man klare Regeln, die Transparenz bezüglich der Preise und der Gewinnmargen schaffen. Sonst wird die Industrie auch weiterhin versuchen, den kleinstmöglichen Preis zu zahlen.

*Welche Reaktionen gab es von Seiten der EU-Kommission?*

Ciolos hat diesen Bericht aufgegriffen und von seinen Mitarbeitern gefordert, daraus konkrete Vorschläge für die anstehende Gesetzgebung zur Regelung des Wettbewerbs zu machen. Herr Barnier, der für den Wettbewerb auf den innersuropäischen Märkten zuständig ist, muss derzeit darüber befinden, ob es akzeptabel ist, wenn die Produzenten das Angebot steuern. Diese Entscheidung wird eine Schlüsselrolle für die zukünftige Gestaltung des Milchmarkts einnehmen. Die erste Frage, die es zu klären gilt, ist, ob es zulässig ist, dass ein Zusammenschluss von Produzenten das Angebot steuert. In einem zweiten Schritt muss geklärt werden, für wie viel Prozent der Angebotsmenge ein fester Preis garantiert werden darf und für welche Menge der Preis frei am Markt entstehen muss.

Vielen Dank für das Gespräch mn

## Die Eurex: eine Terminbörse für Molkerei-Produkte

Milchindustrie will auch an diesem Markt die Bauern außen vor halten. Terminhandel ersetzt nicht bedarfsgerechte Mengenanpassungen

Ende Mai diesen Jahres hat die Frankfurter Börse Eurex AG den Kontrakt-Handel für Magermilchpulver und Butter eröffnet. Ebenfalls in diesem Jahr fand bzw. findet auch in Frankreich, USA und Neuseeland die Einführung neuer Milchkontrakte statt, wenngleich mit zum Teil anderen Konstruktionen. Die Frankfurter Eurex bietet bei Milch ausschließlich Kontrakte für Butter und Magermilchpulver an. Anders als in den USA wird somit kein Kontrakt auf Rohmilch angeboten, obwohl diese Rohmilch-Kontrakte in den USA viel stärker gehandelt werden als Butter- und Pulverkontrakte.

### Eurex ohne Bauern

Wie Insider berichten, hat sich in Frankfurt vor allem die Milchindustrie durchgesetzt – sie wollte keine Rohmilch-Kontrakte. Offenbar will die Milchindustrie die Börse ausschließlich für sich nutzen, um sich im Verhältnis zu ihren Abnehmern, insbesondere gegenüber der Ernährungs- und Futtermittelindustrie, gegen Preis-Täler abzusichern. Aus Sicht der produzierenden Landwirte hätten Rohmilchkontrakte ein nützliches Instrument sein können, um zukünftige Preise besser kalkulieren zu können. Rückendeckung erhalten Eurex und Milchindustrie vom Deutschen Bauernverband (DBV). DBV-Vizepräsident Udo Folgart erklärte für den Futtermittelsektor, dass die Aufgabe der Preis-Absicherung an der Börse am besten in der Hand der nachgelagerten Stufe, also hier der Futtermittelhersteller, liegt. Die könnten das besser als die Landwirte, und sie hätten das ja auch bisher immer schon für die Landwirte übernommen.

### Keine Börse ohne Spekulanten

Der Terminhandel funktioniert aber nur, wenn es genügend viele Teilnehmer gibt. Dabei handeln nur die Wenigsten parallel zum Kontrakthandel auch mit den entsprechenden Waren, wie z.B. Milch oder Butter und Pulver. Experten schätzen, dass einem Absicherer – also etwa dem Milchbauern oder einer Molkerei – neun Spekulanten gegenüberstehen. Durch die Teilnahme am Terminbörsengeschäft als Erzeuger oder Verarbeiter werden für einen in der Zukunft liegenden Zeitpunkt Preise sichergestellt. Dafür werden standardisierte Verträge über die Menge, die Qualität, den Zeitpunkt und Ort der Lieferung ausgegeben, so dass einzig der Preis handelbar ist. Ein Kontrakt umfasst z.B. X Tonnen Butter. Im Gegensatz zu den landläufigen Kassamärkten, wo Waren gehandelt

werden, geht es bei den Terminmärkten nicht um den tatsächlichen Austausch der Ware, sondern einzig um ein Finanzgeschäft. Statt der Lieferung von Ware findet spätestens zum Ende der Kontraktlaufzeit ein Gegengeschäft statt: Ein identischer Kontrakt wird zurückgekauft, d.h. der eigene wird „glattgestellt“. Nur bei der Warenterminbörse wird notfalls auch die entsprechende Ware fällig, wenn der Kontrakt nicht vor Ablauf glattgestellt worden ist. Die Eurex in Frankfurt ist aber keine Waren-, sondern eine reine Terminbörse, wo nur Geld fließt. Hat sich nun der Preis für den Kontrakt in der Zeit zwischen Verkauf und Rückkauf geändert, ergibt sich ein Gewinn oder Verlust. Ist der Preis für den Kontrakt gestiegen, macht der Börsenteilnehmer mit dem Kontrakthandel an der Börse folglich einen Verlust. Weil sich aber die Börsenpreise beim Glattstellen sehr nah am (tatsächlichen) Warenmarkt bewegen, kann ein Landwirt den Verlust, den er an der Börse macht, durch den über dem abgesicherten Preis liegenden Erlös ausgleichen. Hat sich aber der Preis für den Kontrakt zwischen Verkauf und Rückkauf verringert, dann macht der Landwirt an der Börse Gewinn, denn er hat seinen Kontrakt damals höher verkauft, als er ihn jetzt zurückkauft. Jetzt gleicht der Gewinn an der Börse den „Verlust“ am Warenmarkt (Kassamarkt) aus, der sich aus dem im Vergleich zu dem „damals“ abgesicherten Preis für die Waren ergibt. Entsprechend der Differenz des festgelegten Preises, welcher von der Clearingstelle bezahlt wird, und dem aktu-

ellen an der Börse gehandelten Preis kann ein Gewinn- oder Verlustgeschäft erzielt werden. Da der tatsächliche Verkauf der Ware an den Kassamärkten stattfindet, ist es den Produzenten möglich, etwaige an der Börse entgangene Gewinne auf dem Kassamarkt zu erzielen. Der Preis ist also nach unten abgesichert und kann im günstigen Fall auf dem Kassamarkt höher sein als der im Kontrakt festgelegte. Der Terminhandel ist also kein Instrument, um absolut hohe Erzeugerpreise zu sichern, sondern dient dem Absicherer dazu, Preise und damit Erlöse für ihn selbst kalkulierbarer zu machen. Das gilt aber eben nur maximal für die Laufzeit des Kontraktes. Und die längsten Kontraktlaufzeiten für Butter und Pulver sind an der Eurex 18 Monate. Außerdem muss das Produkt Preisschwankungen ausgesetzt sein, damit eine Preisabsicherung sowie eine Spekulation zum unternehmerischen Gewinn anzunehmen sind. Daraus geht hervor, dass der Handel an Terminbörsen je nach Interessenslage zur Absicherung der Preise dienen kann, ebenso wie zu spekulativen Zwecken. Spekulanten beteiligen sich an dem Handel, um Gewinne zu erzielen. Sie haben keine Ware zu verkaufen, sondern eine Meinung zu der Marktentwicklung, auf die gesetzt wird. Eine dritte Teilnehmergruppe sind Arbitrageure. Das Ziel der Arbitrage ist ebenfalls die Gewinnmaximierung, die mittels räumlicher und zeitlicher Preisdifferenzen, auch an verschiedenen Terminbörsen, erzielt wird. Gewinne werden ab dem Zeitpunkt verbucht, an dem Lagerhaltungs- und Transaktions-

kosten an der Börse geringer sind als die erzielte Preisdifferenz. Die Kombination aus den verschiedenen Teilnehmern sorgt für die nötige Liquidität und Bewegung an der Börse, die reine Hedginggeschäfte nicht leisten können. Spekulanten und Arbitrageure übernehmen sozusagen das Risiko für die Preisabsicherer.

### Milch und Terminhandel

Im Vergleich zu Schweinen oder Getreide ist die Milch ein Produkt, das kontinuierlich auf dem Markt erzeugt wird. Die Produzenten sind damit nicht auf die Preislage zu einem bestimmten Zeitpunkt angewiesen, sondern brauchen konstante Erzeugerpreise, die die Produktionskosten decken. Ein Problem also, das sich durch eine Börsennotierung nicht beseitigen lässt. Verschiedene wissenschaftliche Beiträge sprechen den Terminbörsen zu, Preisschwankungen reduziert zu haben. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass auch andere Einflüsse dazu geführt haben könnten, da durch die Einführung ein direkter zeitlicher Vergleich nicht stattfinden kann. Da die Milch kein haltbares Produkt ist und damit für die Terminbörsen nicht geeignet ist, hat man sich für verarbeitete Produkte entschieden. Magermilchpulver und Butter. Daraus folgt, dass nicht die Landwirte, sondern nur die Molkereien Teilnehmer an der Börse sein können. Den Landwirten bleibt die Möglichkeit, die Preise zu beobachten. Transparenz ist eines der Schlagworte, welches mit der Einführung der Milchkontrakte häufig gebraucht wird. Grundsätzlich gilt: Je höher die Umsätze an der Börse sind, umso repräsentativer werden die Preise für Milch. Gestaltet sich der Terminbörsenhandel international, so werden sich die regionalen Preise für das jeweilige Produkt weiter anpassen. Was also bei aktivem Terminbörsenhandel passiert ist die weltweite Gleichschaltung von Milchpreisen, unabhängig von regionalen Produktionskosten.

An der Eurex findet die tägliche Preisbildung mittels Indizes statt. Bei Magermilchpulver und Butter setzt er sich aus dem Mittelwert von etablierten Preisfeststellungsmechanismen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland zusammen. Da sich Börsen- und Kassamarktpreise zu Ende der Kontraktlaufzeiten anpassen, werden sich die Milchpreise in den Ländern, und seien sie noch so transparent, nicht an tatsächlichen Produktionskosten orientieren, sondern weiter von den Molkereien vorgegeben.



Wenn Milch den Preis von Wein hätte, wäre gut immer noch günstig. Foto: Mildenerger/pixelio

Lea Unterholzer



Junge Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft

## Nachtrag:

Die Homepage der Witzenhäuser Agrarstudierenden haben wir unseren Lesern wiederholt, wenn auch nicht vorsätzlich, vorenthalten. Dafür soll hiermit um Entschuldigung gebeten werden. Einer Kontaktaufnahme wollen wir selbstverständlich in keinsten Weise im Wege stehen. Mehr Informationen gibt es unter:  
[www.kws-gentechnikfrei.de](http://www.kws-gentechnikfrei.de)

Ansprache bekommt man unter:  
[kontakt@kws-gentechnikfrei.de](mailto:kontakt@kws-gentechnikfrei.de)  
Tel: 05542-6199550

Die Arbeit finanziell unterstützen kann man selbstverständlich auch:  
Spendenkonto  
Empfänger: GenWitz-weg  
Bank: Sparkasse Werra-Meißner  
KontoNr: 504 737 35  
BLZ: 522 500 30



# Junge AbL demonstriert in Brüssel

Exportsubventionen zerstören Märkte und führen zu Hunger in den Ländern des Südens

Im August folgte die jAbL der Einladung des Grünen Europaabgeordneten Martin Häusling und fuhr für einen Tag nach Brüssel. Auf dem Programm standen ein Besuch bei ihm, die Teilnahme am offiziellen Besucherprogramm des EU-Parlaments sowie eine Demo auf dem Place du Luxembourg und die Diskussion über das jAbL-Positionspapier zur GAP (s. [www.abl-ev.de/junge-abl/hintergruende.html](http://www.abl-ev.de/junge-abl/hintergruende.html)) mit K.-D. Borchardt, Direktor der Abteilung D (Direktzahlungen, Marktmaßnahmen und Absatzförderung) in der GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

## Erfolglos gegen den Hunger

Die GAP-Reform soll bis 2013 abgeschlossen sein. Sie wird die zukünftige Entwicklung der globalen Landwirtschaft maßgeblich bestimmen und formuliert Rahmenbedingungen für den Klimaschutz, den Erhalt und die Förderung der Biodiversität sowie die Sicherung des Rechts auf Nahrung der Bevölkerung des globalen Südens und den Erhalt bäuerlicher Betriebe weltweit.

Während sämtliche Debatten von Versprechen wie der zukünftigen Förderung von Biodiversität, Klimaschutz und der Sicherung der Ernährungssouveränität geprägt sind, nimmt der Verlust der Artenvielfalt stetig zu, der Klimawandel wird stärker und die Bekämpfung des Hungers in der Welt scheint erfolglos. Laut FAO leben 925 Mio. Menschen in Armut und ständigem Hunger. Das sind zwar weniger Menschen als im Vorjahr. Trotzdem liegt diese Zahl noch immer deutlich über der aus dem Jahr 2008, als schätzungsweise 923 Mio. Menschen hungerten. Die Weltbevölkerung hat sich im letzten Jahrhundert vervierfacht und soll bis 2050 auf 9 Mrd. Menschen steigen. Getreide als Lebensmittel kommt damit eine immer wichtigere Bedeutung zu, gleichzeitig steigt allerdings auch dessen Einsatz als Bioenergieerzeugnis. Die Verwendung von Lebensmitteln als Energielieferanten wird weltweit propagiert als die Perspektive schlechthin, den schwindenden Vorräten an fossilen Energieträgern entgegen zu treten.

## Lippenbekenntnisse

Der Tatsache, dass gleich an erster Stelle der von der UN, Weltbank, OECD und mehreren NGOs formulierten Millennium-Entwicklungsziele (UN-Millennium Development Goals) die Aussage steht, dass der Anteil der Menschen, die an extremer Armut und extremem Hunger leiden bis zum Jahr 2015 halbiert werden soll, wird offenbar keine Bedeutung beigegeben.

## Industrialisierung entgegenstehen

Mit unserer Demo in Brüssel wollten wir auf die Problematik aufmerksam machen, dass solch wesentliche Punkte, wie im obigen Beispiel angedeutet, offensichtlich bei der weltweiten Debatte um die Bekämpfung von Armut, Hunger und Korruption entweder vergessen oder schlichtweg ignoriert werden. Bei den Diskussionen um die GAP-Reform geht es unserer Meinung nach nicht darum, wie hoch Direktzahlungsbeträge an die Landwirte sein müssen oder durch welche Maßnahmen

gerung der inländischen Landwirtschaft und arbeiten auf den steigenden Marktanteil europäischer Lebensmittel am Weltmarkt hin. Die höheren Produktionskosten für europäische Erzeugnisse werden dann z.T. durch Exportsubventionen ausgeglichen. Dadurch steht der Lebensmittelindustrie ständiger Nachschub an Agrarprodukten zur Verfügung. Am Beispiel der Milch zeigten wir, dass die Exportstrategie von EU-Politik und Lebensmittelindustrie Kleinbauern in Ländern des Südens in Ex-



Das Rollenspiel zeigt, wer von Exportsubventionen profitiert und wer verliert.

Foto: jAbL

man das Wachstum deutscher und europäischer Landwirtschaftsbetriebe fördern kann. Die Leistung eines Landwirtes darf nicht an seiner Flächengröße oder am Tierbesatz gemessen werden. Es geht vielmehr darum, der fortschreitenden Industrialisierung in der Landwirtschaft entgegen zu wirken.

## Überhäuft mit Milchpulver

Dies nahm die jAbL zum Anlass und startete ihre Demo „Stop Export-Dumping with dairy products! Food Sovereignty now!“ um die Mittagszeit direkt vor den EU-Parlamentsgebäuden. Damit spielten wir auf die fatalen Folgen an, die der Export von Agrarprodukten besonders für Entwicklungsländer hat. Die Gruppe präsentierte sich in einem Rollenspiel: Während einige jAbLer Entwicklungsländer wie Kamerun, Bangladesch oder Senegal darstellten, standen andere für die Europäische Union. Sie bewarfen die Entwicklungsländer mit Milchpulver und symbolisierten damit die „Überschüttung“ dieser Staaten mit u.a. importiertem Milchpulver aus Europa. Die EU und die Lebensmittelindustrie fordern eine Produktivitätsstei-

sistenznöte bringt. Durch Subventionierung kann exportierte Ware dort zu niedrigeren Preisen verkauft werden als lokal erzeugte Lebensmittel. In Kamerun z.B. wurde im letzten Jahr 1 l Trinkmilch, hergestellt aus Milchpulver von der EU, für 51 Cent verkauft. Heimische Milchbauern benötigten jedoch 61 Cent zur Deckung ihrer Produktionskosten. In den Entwicklungsländern sichert die Landwirtschaft zahlreichen Familien ein Einkommen, Nahrung und ihre Existenz. Der Erhalt kleinbäuerlicher Strukturen darf nicht durch die exportorientierte Klientelpolitik der EU gefährdet werden. Vielmehr muss es Aufgabe der EU sein, entsprechende Rahmenbedingungen für die Ernährungssicherung der Weltbevölkerung zu schaffen.

Johanna und Katharina Besier

Den Fernsehbeitrag des WDR zu unserer Aktion: „Bericht aus Brüssel – Milchpulver vor EU-Gebäuden“ finden Sie unter: <http://www.wdr.de/tv/bab/sendungsbeitraege/2010/0908/nachwuchslandwirte.jsp>

## Leibhaftiger Ausfüllungsgehilfe auf Tour

Der neueste „Service“ der STV: Ein Mitarbeiter hilft beim Nachbaufragebogen

Mit Zuckerbrot und Peitsche versucht die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) in einer neuen Kampagne endlich die Bauern und Bäuerinnen zur Auskunft über ihre Nachbauepflögenheiten zu bewegen, von denen sie bislang noch nicht viel oder gar nichts gehört haben. Beispielhaft sei hier eine Begebenheit aus Süddeutschland berichtet. Zunächst erhielt der Bauer Post von der STV aus Bonn. „Leider haben Sie uns bisher keine Auskünfte bezüglich ihres Anbaus für die Ernten der Jahre 2007 bis 2010 erteilt“, heißt es formblattmäßig. Dann wird es allerdings individuell, da die STV anbietet, einen Mitarbeiter, der namentlich genannt und dessen Telefonnummer praktischerweise gleich mit angegeben wird, an einem auch gleich praktischerweise mit vorgeschlagenen Termin vorbeizuschicken zwecks gemeinsamer Formulareausfüllung. „Wir dürfen Sie bitten, zu gegebener Zeit die entsprechenden Unterlagen bereitzuhalten“, endet es geschliffen.

### Zu viele offene Fragen

Der angeschriebene Bauer hat nun per e-mail geantwortet, dass er von dem Angebot keinen Gebrauch machen möchte, da für ihn viele rechtliche Fragen in der Nachbauauseinandersetzung nicht geklärt seien. Daraufhin hat sich – man beachte die Effektivität der Strukturen – noch am selben Tag der im Schreiben genannte Mitarbeiter telefonisch bei dem Bauern gemeldet

und ihn gebeten, den Termin doch wahrzunehmen. Er sei doch auch Schwabe, so der STV-Mitarbeiter, und man könne doch alles viel leichter regeln ohne Post aus Bonn... Der Bauer beharrte auf einer schriftlichen Antwort, die er dann – man beachte erneut wie kurz Dienstwege sein können – am übernächsten Tag erhielt.

### Haltlose Drohungen

Nach einer längeren Einleitung dazu, dass Bauern nach Nennung von Anhaltspunkten zur Auskunft über ihren Nachbau verpflichtet sind und den Interpretationen der STV zu den gefällten Gerichtsurteilen, wird schließlich Tacheles geredet. „Sollten wir in naher Zukunft die Kenntnis über die Aufbereitung von Nachbauseaatgut Ihres Aufbereiters erhalten, so handelt es sich somit um Anhaltspunkte (s.o.). Sie erhalten in dem Fall eine Rechnung über Schadensersatz. Anstelle der regulären Nachbaugebühr zahlen Sie die volle Lizenzgebühr.“ Für Jens Beismann, Anwalt der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze ist das eine Drohung und dazu auch noch eine nicht haltbare. Schließlich muss die STV die Anhaltspunkte vorlegen, um überhaupt um Auskunft zum Nachbau ersuchen zu können. Die Präsentation von Anhaltspunkten ist der erste Schritt, den die STV tun muss, um überhaupt eventuell nach der Auskunft auch Nachbaugebühren – nicht Schadensersatz – von Bau-

ern und Bäuerinnen verlangen zu können. Damit bewegt man sich noch im ganz normalen Nachbaugebührenerhebungsprozedere und ist von etwaigen Schadensersatzforderungen weit entfernt. Schließlich hat die STV ja gar keinen Schaden erlitten.

### Verunsichern mit System

Der Satz in dem Antwortschreiben dient lediglich der Einschüchterung, dessen ist sich auch unser Bauer in Schwaben bewusst. Anwalt Beismann hofft, dass auch all die, die derzeit offenbar wieder vermehrt STV-Schreiben mit der Aufforderung zur pauschalen Auskunft erhalten (ohne Nennung von konkreten Anhaltspunkten), wissen, dass auch diese Briefe nur der Verunsicherung dienen. „Erst wenn konkrete Anhaltspunkte auf dem Tisch liegen, muss man sich Gedanken über die Reaktion darauf machen“, so Beismann. Solange gilt: nicht ins Bockshorn jagen lassen – weder durch schriftliche Drohkulissen noch durch leibhaftige Ausfüllungsgehilfen. cs



### Zeit zum Säen

Die Zeit der Getreidesaat ist wieder angebrochen. Und damit auch die jährlich auf vielen Höfen stattfindende Aktion „Zukunft säen“. Auch dieses Jahr sind wieder alle Menschen dazu eingeladen, gemeinsam auf dem regionalen Hof für eine gentechnikfreie Landwirtschaft zu säen. „Denn als Bauern und Verbraucher tragen wir gemeinsam die Verantwortung, dass Landwirtschaft ohne Agro-Gentechnik auch in Zukunft möglich ist“, so die Initiative. Per Hand wird das gentechnikfreie Saatgut, das von unabhängigen Züchtern stammt, auf dem Feld verteilt. Wer mitmachen möchte findet auf der Internetseite [www.avenirsem.ch](http://www.avenirsem.ch) Informationen und regionale Höfe, die sich an der Aktion beteiligen. mh



„Nun hören Sie doch mal zu. Natürlich komme ich gerne bei Ihnen vorbei und dann füllen wir alles gemeinsam aus.“ Wie man sich als Ausfüllungsgehilfe der STV wohlfühlt? Unser Fotomodell telefoniert aber vermutlich nur mit einer guten Freundin.  
Foto: Sturm / pixelio

## Resistenzen nehmen zu!

Weltweit sind bereits 350 Kräuter und Gräser betroffen

Laut Bayer-Experte Stübler betrifft die Resistenz vor allem Ungräser in Getreide einschließlich Reis (z.B. Ackerfuchsschwanz, Windhalm, Weidelgras oder Hühnerhirse), aber auch in Soja und Baumwolle. Die Resistenz tritt unter anderem nach dem dauernden Einsatz von Glyphosaten (Round-up) in Gentechnik-Kulturen auf, in den USA neuerdings gleich bei mehreren schwer und kostspielig zu bekämpfenden Unkräutern.

Auch hierzulande weitet sich die Herbizid-Resistenz von Ackergräsern – parallel zu einseitigen Getreide-Fruchtfolgen – immer mehr aus. Gegen die Treppe wirkt derzeit kaum noch ein Mittel. Pflanzenschutzberater berichten, dass der Maisanbau für Biogasanlagen in nordniedersächsischen Ackermarschen unter anderem dadurch begründet sei, dass angesichts der massiven Ackerfuchsschwanz-Probleme kein Weizenanbau mehr möglich ist.

Auch bei Insekten nehmen die Resistenzen zu, beim Kartoffelkäfer ebenso wie beim Rapsglanzkäfer oder den Erdflöhen... en

# Trägerische Trennbarkeit

Österreich, Ungarn und Luxemburg klagen vor dem EuGH gegen Amflora

Ein paar weiße unter den erwarteten violetterten Kartoffelblüten – das klingt nicht nach einem Skandal. Bereits im August wurden in Schweden, dort, wo die BASF eigentlich die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora vermehrt, Blüten der Gentechnik-Sorte Amadea gefunden. Unter 0,01 Prozent soll die Kontamination mit Amadea in Schweden nach Angabe des Unternehmens liegen. Zugelassen ist Amadea in der EU bisher weder zum Anbau noch zum Import als Futtermittel. Den Antrag, dies zu ändern, stellte die BASF Ende August, etwa zeitgleich mit dem Melden der Kontamination an die schwedischen Behörden. In Deutschland betätigte sich der Bundeswirtschaftsminister Brüderle zu diesem Zeitpunkt als Erntehelfer der umstrittenen Kartoffel Amflora.

## Pflanzgut stammt aus Schweden

Amflora-Saatkartoffeln aus Schweden wurden auf 14 ha in Zepkow, Mecklenburg-Vorpommern, vermehrt. Nach Prüfung der Verfahrensabläufe sei laut Konzern die Ursache der Vermischung geklärt. Geschäftsführer Peter Eckes: „Es kam in unseren Räumen zu der Verwechslung, da Pflanztöpfe von Amadea und Amflora dort zeitweise gemeinsam standen.“ Wie BASF sagt, stamme das deutsche Pflanzgut aus Chargen, das immer separat von Amadea aufgezogen wurde. Zum weiteren Vorgehen wollte sich das Landesagrarministerium noch nicht äußern.

Ein sehr geringer Verunreinigungsgrad von 0,01 Prozent kann in der Praxis wegen der nötigen riesigen Stichprobe nicht nachgewiesen werden: Bei einer Kontamination im Verhältnis von einer auf 10.000 Kartoffeln, müsste jede einzelne getestet werden. Zur Verdeutlichung: Geht man von einem 25 kg Sack Kartoffeln aus, so beinhaltet dieser 350 Kartoffeln. BASF führt deshalb lediglich eine reguläre Beprobung durch, bei der erst eine Vermischung von 0,9 Prozent festgestellt werden kann, so BASF-Sprecherin Stellbrink. Annemarie Volling, AbL-Gentechnikexpertin und Koordinatorin der gentechnikfreien Regionen Deutschland: „Es kann nicht angehen, dass BASF daraus den Schluss zieht, eine Überprüfung nach Augenmaß sei ausreichend. Wenn BASF keine 100-prozentige Reinheit der Pflanzkartoffeln garantieren kann, muss es die Ernte vernichten.“ In Schweden wurden die Amadea-Pflanzen an der Blütenfarbe erkannt. In Deutschland habe BASF keine Auffälligkeiten festgestellt. Konzern gehe deshalb von der Reinheit

der deutschen Ernte aus. Die Sorte Amflora blühe insgesamt eher selten, so Stellbrink. Karsten Ellenberg, Kartoffelzüchter aus Niedersachsen, sagt: „Es gibt viele Kartoffelsorten, die selten oder nie blühen.“ Wären auch nur einzelne Amadea-Pflanzen von Zeit zu Zeit blütenlos, wäre denkbar, dass diese bei Kontrollgängen übersehen wurden. Kontrollen durch das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei haben laut Erbe, dort zuständig für Kontrollen im Gentechnikbereich, nicht während der Blüte stattgefunden. Geprüft wird bei Begehungen der Gesundheitszustand der Amflora, wenngleich dies nach Saatgutverkehrsgesetz nicht vorgeschrieben ist. Das Sicherheitsmanagement unterliegt allein der BASF selbst.

## BASF-Sicherheitsgarantien

Agrarminister Till Backhaus hat indessen ein Inverkehrbringen, d.h. den Handel mit dem Pflanzgut verboten. Gegenüber NDR-Info sagte Backhaus, die verordnete Sperre gilt so lange, bis zu 100 Prozent widerlegt sei, dass auch das in Zepkow verwendete Pflanzgut mit Amadea verunreinigt war. Für den Fall einer Verunreinigung müsse das gesamte Erntegut vernichtet werden, so Backhaus in einer Pressemitteilung. BASF plant, die Kartoffeln nach der Ernte als Pflanzgut einzulagern. Kommerzieller Anbau und Verwertung durch die Stärkeindustrie war laut Greenpeace nur in Tschechien geplant.

Dazu Annemarie Volling: „Die aktuelle Vermischung mit Amadea zeigt, dass eine sogenannte Koexistenz nicht möglich ist. Das von der BASF in den höchsten Tönen gelobte eigene Sicherheitskonzept ist wie eine Seifenblase geplatzt. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, dass die Gentechnik-Industrie nichts im Griff hat.“ Dies sei bei BASF bereits 2008 deutlich geworden, als die Amflora auf 20 ha auf der falschen Fläche freigesetzt worden war. Peter Eckes, Geschäftsführer der BASF Plant Science, erklärte nun die Ursache der Vermischung in Schweden: „Es kam in unseren Räumen zu der Verwechslung, da Pflanztöpfe von Amadea und Amflora dort zeitweise gemeinsam standen.“ Solche wiederholt aufgetretenen Fehler stehen im Widerspruch zu der scheinbar strikt vollzogenen Trennung, die der Weltkonzern immer wieder beteuert. Freisetzungversuche mit GV-Kartoffeln in Deutschland, bei denen es auf über einem Drittel der Standorte auch im zweiten Jahr nach der Ernte zu Durchwuchs kam, zeigen,

dass Koexistenz nahezu unmöglich ist. Aus Schottland und England liegen Studien vor, in denen von einem steigenden Aufkommen von Durchwuchs, sogar aus Kartoffelsamen in den Folgekulturen, berichtet wird. Sicherheitsmaßnahmen gegen die Vermehrung durch Samen gibt es bei BASF nach eigener Aussage nicht.

## Amadea: Nachfolgerin der Amflora?

Die Länder Luxemburg, Ungarn und Österreich klagen indessen vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Zulassung der Amflora. Vor allem das Risiko einer Verbreitung von Antibiotikaresistenzen durch die eingesetzten Markergene, aber auch fehlende Fütterungs- und Umweltverträglichkeitsstudien sind für sie Gründe, die Zulassung anzuzweifeln. Amflora ist als Futtermittel zugelassen. In Lebensmitteln gibt es einen Toleranzschwellenwert: Bis zu 0,9 Prozent dürfen konventionelle Kartoffeln mit dieser Gentechnik-Sorte verunreinigt sein.

Nach Ansicht der Kläger verstößt die Kommission damit gegen EU-Recht, da es keinen Grenzwert bei Zulassungen gibt. Entweder hat eine gentechnisch

veränderte Pflanze eine Zulassung oder es gilt Nulltoleranz. Österreich hat bereits im März 2010 ein Anbauverbot für Amflora durchgesetzt. Luxemburg und Ungarn zogen nach. Die Verbote stützen sich auf die sog. Schutzklausel der EU-Freisetzungsrichtlinie. Danach dürfen Staaten aus gesundheitlichen oder ökologischen Risiken gentechnisch veränderte Konstrukte verbieten, die eine EU-Zulassung besitzen. „Agrarministerin Aigner sollte Nachhilfestunden bei Österreich, Ungarn und Luxemburg nehmen, anstatt einen Kniefall vor der BASF zu machen“, fordert Volling.

Amadea ist wie Amflora eine amylopektinreiche gv-Stärkekartoffel und soll diese nach Vorstellung des Konzerns 2013/2014 ersetzen. Der Konzern prüft, ob die Kartoffel auch in der Nahrungsmittelindustrie eingesetzt werden kann. Bisher hat die Stärke-Industrie aber noch nicht einmal an der Amflora Interesse. Mit der Anbauzulassung einer Gentechnik-Kartoffel beschreiten die Europäer Neuland. In den USA und in Kanada wurden Gentechnik-Kartoffeln nach Bedenken von Abnehmern wieder vom Markt genommen. *cb*



Kartoffelsortieren will gelernt sein: Bei der BASF wurden Töpfe mit Amadea- und Amflora-Pflanzen im Gewächshaus vertauscht. Foto: Anstötz / pixelio



# Gatersleben-Strafprozess angelaufen

Hintergründe zur umstrittenen Genehmigung der Freisetzung 2008

Sechs Aktivisten standen beim Prozessauftakt des Zivilverfahrens 2009 vor dem Landgericht Magdeburg. Angeklagt sind sie zusätzlich in einem Strafverfahren. Am 28. September war dort die erste Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Aschersleben (das Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor). 2008 hatten die sechs Gentechnikgegner einen Freisetzungsvorhaben mit gentechnisch verändertem Weizen des Leibniz Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) zerstört, da sie ein Auskreuzen des gentechnisch veränderten Weizens in die nahe gelegene Genbank Gatersleben mit deren weltweit bedeutsamer Kulturpflanzenvielfalt verhindern wollten.

## Vorsorgliche Zerstörung

Das IPK fordert im Zivilverfahren eine Schadensersatzsumme von ca. 242.000 Euro. Die Anwältin Katrin Brockmann, die zwei Beklagte vertritt, sagte: „So etwas habe ich noch nicht erlebt: Dass sich ein Gericht dermaßen auf eine Seite schlägt, indem es trotz abgelaufener Fristen immer wieder die Chance gibt, die Klage schlüssig zu machen.“ Denn obwohl das IPK keine schlüssige Begründung lieferte, ist die Berechtigung dieser Summe noch offen. Der Versuch, durch das Land Sachsen-Anhalt gefördert in Höhe von rund 390.000 Euro, hätte u.a. wegen methodischer Fehler sowieso zu keinem wissenschaftlich verwertbaren Ergebnis geführt, so Brockmann. Sie hält es daher für fraglich, ob durch die Zerstörung der Pflanzen überhaupt ein Schaden entstanden ist.

Doch bevor das LG Magdeburg diese Fragen nun klärt, muss der Bundesgerichtshof (BGH) entscheiden. Die Beklagten beantragten Revision beim BGH. Der BGH soll zunächst die rechtlichen Fragen der Schadensersatzbemessung sowie die Frage, ob die Genehmigung der Freisetzung rechtmäßig war, klären. Wolfram Leyrer, ebenfalls Anwalt der Beklagten, machte geltend, dass die Genehmigung offensichtlich mangelhaft und damit rechtswidrig war. Die vorsorgliche Zerstörung der Pflanzen habe damit im öffentlichen Interesse gelegen, da die Freisetzung nicht hätte erfolgen dürfen. Das Landgericht Magdeburg und das Oberlandesgericht Naumburg folgten dieser Argumentation nicht. Stattdessen beriefen sich die Gerichte auf die Genehmigung, deren Rechtmäßigkeit sie hätten überprüfen müssen. Im nun angelaufenen Strafprozess, in dem Geldstrafen oder bis zu zwei Jahre Haft drohen, geht es ebenfalls um die Frage, ob die Zerstörung eines Teils der

Pflanzen rechtswidrig oder zu rechtfertigen war.

Breite öffentliche Kritik an der Freisetzung, die im Wesentlichen dem Interesse der Nordsaat GmbH diente, schlug sich ab 2006 in Form zahlreicher Einwände verschiedener Verbände, Unternehmen und Privatpersonen nieder. Neben dem Auskreuzungsrisiko wurde immer wieder das Risiko durch Antibiotika-Markergene genannt.

## Genehmigung nach Gutdünken?

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) genehmigte den Freisetzungsvorhaben schließlich auf einer Fläche im Abstand von 500 m von den Vermehrungsflächen der Genbank, ohne hinsichtlich dieser Risiken Auflagen zu machen. Dabei folgte es der Beurteilung der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS), ohne dass diese eine eingehende eigene Prüfung vorgenommen hatte. Nach dem Gentechnikgesetz müssen für die Genehmigung von Freiset-

von IPK und BVL wissentlich in Kauf genommen.

Zur Prüfung vorgelegt wurden die Antragsunterlagen dem Bundesamt für Naturschutz (BfN), dem Bundesamt für Risikoforschung (BfR), der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft und dem Robert-Koch-Institut. Lediglich das BfN lehnte in seiner Stellungnahme die Freisetzung nahe der Genbank wegen der Auskreuzungsrisiken in dieselbige und wegen möglicher Antibiotikaresistenzen durch die Markergene ab.

## Sicherung der Kulturpflanzenvielfalt

Das IPK steht als Stiftung öffentlichen Rechts unter Aufsicht des Landes Sachsen-Anhalt. Laut Selbstdarstellung zählt die Genbank mit ihrem Gesamtbestand von rund 3.000 Arten zu den weltweit größten Einrichtungen ihrer Art. Ihre Aufgabe ist, alte Kulturarten und damit eine Hauptnahrungsquelle Europas zu erhalten. Dem zum Trotz sprach sich damals der Leiter der Genbank, Prof. Dr.



Lea Hintze setzt sich mit ihren persönlichen Freiheitsrechten für die Nutzpflanzenvielfalt ein.

Foto: Gendreck-weg

zungen „alle nach dem Stand der Wissenschaft und Technik erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen“ getroffen werden. Laut Leyrer erörterte das BVL diese nicht. Es kam zu dem Schluss, dass – wenn überhaupt – ein geringes Auskreuzungsrisiko bestand, dieses unproblematisch gewesen wäre. Das BVL sprach lediglich eine Empfehlung aus, den Versuch nicht in der Nähe der Vermehrungsflächen der Genbank durchzuführen. Dies wurde vom Institut abgewiesen. Eine mögliche Auskreuzung in den alten Sortenbestand wurde damit

Andreas Graner, öffentlich für die Freisetzungsvorhaben aus. Obwohl der Internationale Vertrag der FAO über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft von 2001 dazu verpflichtet, den wertvollen Bestand vor gentechnischen Kontaminationen zu schützen. *ch*

## Stimme der Agrar-Industrie

„Der Bioökonomierat verfolgt einen rein technologischen Ansatz, um künftige Anforderungen an die landwirtschaftliche Produktion zu bewältigen. Das Konzept, das auf den kapitalintensiven Einsatz von Industrieprodukten und von patentgesichertem Gentechnik-saatgut setzt, spiegelt die Interessen der Agrarindustrie“, bewertet Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des BÖLW, das erste Gutachten des Bioökonomierates, das Anfang September vorgelegt wurde. Die Ausgangsthese des Rates, dass ein „Mehr durch weniger“ nur durch technologischen Fortschritt zu erreichen sei, greife zu kurz, so Löwenstein. „Natürlich braucht es diese Fortschritte – aber sie können nur einen kleinen Beitrag leisten. Faktoren wie der gerechte Zugang zu Land, Infrastrukturausbau, die Unabhängigkeit der Bauern von kapitalintensiven Produktionsmitteln spielen aber die entscheidende Rolle“, sagt Löwenstein zum Stand des Wissens. „Hierfür braucht es ebenso ökologische Landbaukonzepte wie einen fairen Umgang der Industrienationen mit den Ländern des Südens.“ Löwenstein kritisierte insbesondere die Fokussierung des Bioökonomierates auf die Agro-Gentechnik als „Technologie mit hohem Lösungspotenzial“: „Von der Agro-Gentechnik geht derzeit keinerlei Beitrag zur Sicherung der Welternährung aus – stattdessen schafft sie eine Vielzahl von Problemen und Risiken und erhöht die Abhängigkeit der Bauern von den Konzernen, die Inhaber der Patente sind.“ *pe*



Annemarie Volling, Sigrid Herbst und Georg Janßen bei der Übergabe der Unterschriften an EU-Kommissar Dalli. Foto: Fritz

## Saatgut 100 % gentechnikfrei

Anlässlich der Konferenz der gentechnikfreien Regionen am 16. September in Brüssel überreichten die Saatgutnetzwerke Dalli ihre Positionen für ein besseres EU Saatgutrecht. Sie bekräftigten dies mit über 100.000 Unterschriften. 41.000 Unterschriften hat die IG Saatgut im Rahmen der Kampagne „Vielfalt säen!“ in Österreich und Deutschland gesammelt. Die UnterzeichnerInnen treten einer weiteren Verschärfung geistiger Eigentumsrechte auf Pflanzensorten und einer Monopolisierung des Saatguts durch internationale Konzerne entgegen. Sie wollen Pflanzensorten, die frei von Besitzansprüchen und von Gentechnik sind. Bürokratieabbau im Saatgutrecht soll lebendige Vielfalt mit nachbaubaren Pflanzensorten fördern statt „genetische Ressourcen“. Sie verlangen einen Reinheitswert bei Saatgut von null Prozent gentechnischer Verunreinigung – gekoppelt mit dem VerursacherInnenprinzip. Zu Saatgut sagte EU-Verbraucherschutzkommissar John Dalli nur, Gentechnik sowie gentechnikfreies Saatgut sollten frei zirkulieren. Er soll für die gentechnikfreie Saatgut- und Sortenvielfalt eintreten, forderten die IG Saatgut und Saatgutnetzwerke aus Italien und Frankreich darauf. *Sigrid Herbst*

Weitere Informationen: [www.ig-saatgut.de/aktuell](http://www.ig-saatgut.de/aktuell)

## GVO-Anbau nicht in Länderhand

Mit einer knappen Mehrheit haben die Bundesländer einem Antrag von Mecklenburg-Vorpommern zugestimmt, die Entscheidungskompetenz, über den Anbau gentechnisch veränderter Sorten zu entscheiden, nicht auf die Bundesländer zu übertragen. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, den Ländern und Regionen diese Vollmacht zu übertragen. Diese Möglichkeit sei bedenklich, heißt es in dem Antrag. [Anm. der Red.: Diese Möglichkeit gibt es im EU-Recht längst, und zwar im Art. 26a der EU-Freisetzungsrichtlinie..., Österreichische Bundesländer wenden dieses Recht seit Jahren an...] Eine etwaige Anbaubeschränkung oder Anbauversagung dürfe nur für den Mitgliedstaat insgesamt gelten. Andernfalls könnten keine geeigneten Maßnahmen zur Sicherstellung der Koexistenz zwischen den Regionen ergriffen werden. *mn*

## KWS sieht GVO-Rübenanbau in den USA gesichert

Die KWS macht sich keine Sorge bezüglich des Anbaus von gentechnisch veränderten Zuckerrüben in den USA. Philip von dem Busche, Vorstandssprecher der KWS: „Der Anbau wird weitergehen.“ Der Anbau war aufgrund eines kritischen Gerichtsurteils fraglich geworden (siehe *unabhängige Bauernstimme* 09-2010). Von dem Busche ergänzt, dass der Anbau nicht gestoppt worden sei, sondern nur eine erneute Umweltprüfung durch das Landwirtschaftsministerium in Washington angeordnet worden sei. Die Zuckerrübe habe einen Marktanteil von 96 Prozent. Sie ist von Monsanto mit einer Glyphosatresistenz ausgestattet worden. *mn*



Justitia muss neutral bleiben. Per Gesetz blind werden darf sie nicht.

Foto: Bröckel/pixelio

## Ein Kommentar

# Eckpunkte ecken an

Bundesregierung will Gentechnikgesetz ändern.

Ein neues, vertrauliches Eckpunkte-Papier des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) zur Reform des Gentechnik-Gesetzes kursiert zwischen den Ministerien und erregt Aufsehen. Selbst Agrarpolitiker von CDU/CSU und der FDP kritisieren die Vorschläge aus dem BMELV. Künftig soll es nach dem Vorschlag möglich sein, dass Bundesländer aufgrund gewisser Kriterien von festgelegten Abständen zwischen Gentechnik-Anbau und gentechnikfreien Feldern (derzeit 150 Meter zu konventionellen und 300 Meter zu ökologischen Maisfeldern) abweichen können. Und zwar sowohl nach oben als auch nach unten! Um abweichende Abstände in den Bundesländern vorzuschreiben, sollen eine Reihe von Kriterien mit regionalem Bezug festgelegt werden. So bspw. besondere geographische und klimatische Gegebenheiten der Länder, regionale Betriebsstrukturen und Anbauverfahren. Die Forderung der Bewegung ist klar: Das Recht auf gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft muss sicher gestellt werden. Gentechnikfreie Regionen, Saatgutzüchter, -vermehrter und -erhalter, Erzeuger von Qualitätslebensmitteln und natürlich jeder gentechnikfrei wirtschaftende Betrieb genauso wie Imker, Naturschutzgebiete etc. müssen sicher vor GVO-Kontaminationen geschützt werden. Wer es politisch mit dem Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft ernst meint, muss bspw. Bulgarien folgen: Hier müssen 10 km Schutzradien um Bienenstöcke, 7 km zu Ökoflächen und 30 km zu Naturschutzgebieten eingehalten werden. Auch für Kartoffeln werden als Mindestabstand 10 Meter sowie eine zweijährige Anbaupause nach GV-Anbau vorgeschlagen.

Diese Regelungen greifen eindeutig zu kurz, da es im gesamten Produktionsprozess, von der Aussaat bis zur Ernte und Verarbeitung, Kontaminationsmöglichkeiten gibt. Das Trennungssystem der BASF ist jedenfalls fehlgeschlagen und hat sich als nicht praxistauglich erwiesen.

## Richtig Proben ziehen

Weiterer Punkt ist eine „praktikablere Ausgestaltung“ der Nulltoleranzregelung für in der EU nicht geprüfte und nicht zum Import zugelassene GVOs. Dies soll durch einheitliche Probenahme- und Analyseverfahren erreicht werden. Richtig ist: Standardisierte Probenahme- und Analyseverfahren sind festzulegen, zu publizieren und natürlich den Exporteuren und Kontrollbehörden zur Verfügung zu stellen, damit entsprechende Schiffslieferungen im Vorfeld untersucht und zertifiziert werden können. Diese müssen sich aber klar an der Wahrung der Nulltoleranz – sprich Nachweisgrenze – orientieren. Schließlich geht es hier um neue GVOs, die den Zulassungsprozess nicht oder nicht vollständig durchlaufen haben.

Als letzten Punkt plädiert das Eckpunktepapier des BMELV dafür, sich auf EU-Ebene für eine Prozesskennzeichnung einzusetzen, da diese national nicht durch zu setzen sei. Hierbei soll es nach den Vorstellungen aus dem Ministerium eine Trennung zwischen weißer Gentechnik (bspw. Enzymherstellung) und Agro-Gentechnik geben. Schon jahrelang wird von den Gentechnik-Kritikern gefordert, dass endlich die Kennzeichnungslücke im tierischen Bereich geschlossen werden muss, damit der Verbraucher an der Ladentheke bewusst entscheiden kann, ob er Milch, Eier und Fleisch kaufen will, die mit oder ohne gentechnisch veränderte Futtermittel hergestellt wurden. Eine Unterscheidung hinsichtlich Agro-Gentechnik und weißer Gentechnik ist sinnvoll, da es sich bei der Agro-Gentechnik um lebendige Organismen handelt, die in die freie Natur entlassen werden, eine Rückholbarkeit ist wahrscheinlich nie mehr möglich. Enzyme werden im geschlossenen System hergestellt. Die Produktion kann jederzeit wieder gentechnikfrei erfolgen. Auch wenn einige Politiker die Reform des Gentechnik-Gesetzes kaum abwarten können, ganz so schnell wird es nicht gehen. Zunächst wird der Bundesgerichtshof in Karlsruhe über die Klage Sachsen-Anhalts gegen das Gentechnik-Gesetz befinden. Das Urteil wird entscheidenden Einfluss darauf haben, ob die Bundesregierung das Gentechnik-Gesetz verwässert oder ob es zum Schutz einer gentechnikfreien Landwirtschaft verschärft werden muss.

Annemarie Volling

# Oberallgäuer suchen neue Wege

Mobile Schlachtbox als stressfreie Alternative zum Transport

Sanfter Tod auf der Weide: Über stressfreies Schlachten mit der mobilen Schlachtbox (MSB) haben sich rund 25 Personen, darunter bayerische Landwirte, Vertreter von Behörden und Verbraucher am 20. September 2010 in der Radlereinkunft in Sibratshofen informiert.

## Von der Weide auf den Teller

Auf der einen Seite ein prächtiges Rind auf saftiger Weide, auf der anderen das Fleisch auf dem Teller. Was auf dem Weg dazwischen passiert, sei oft stressig und für das Tier mit Angst und Panik verbunden, sagt Biobauer Herbert Siegel aus Müssen und zählt als Beispiel auf: „Tiere auf der Weide einfangen, Halfter anlegen, aus der vertrauten Umgebung reißen, Transport zum Schlachthof, Todesatmosphäre im Schlachthof“. Doch mache diese Strecke zwischen Stall und Schlachtraum nicht nur den Vierbeinern zu schaffen. „Tiere zu schlachten ist immer ein unangenehmes Thema, das sowohl vom Tierhalter als auch vom Verbraucher verdrängt wird“, sagt Siegel. Und dennoch: Irgendwie muss das Fleisch auf den Esstisch gelangen.

## Privates Engagement

Grund für Siegel und seine Kollegen, alternativen Schlachtmöglichkeiten nachzuforschen. Sie holten dazu den Pionier und Erfinder der Mobilen Schlachtbox, Ernst-Hermann Maier aus Balingen ins Oberallgäu, der die Schlachtbox denn auch gleich vor Ort vorführte. Der 68-jährige Maier schlachtet seit Jahren zweimal wöchentlich direkt auf der Weide, inmitten seiner 258 Tiere umfassenden Mutterkuhherde, unter welcher sich 30 Bullen befinden. Mit einer schallgedämpften Waffe setzt er einen Kugel-Schuss, der nach seinen Angaben

das Rinderhirn weitreichender zerstört als der im Schlachthof übliche Bolzen-Schuss. „Der Schuss betäubt nur“, erklärt Maier, danach werde das Tier in die Mobile Edelstahl-Schlachtbox gezogen. „Dort werden beide Halsschlagadern durchgeschnitten und das Tier durch Blutentzug getötet.“

Der Vorteil liegt für Maier klar auf der Hand: „Die Tiere werden nicht aus der vertrauten Herde heraus gefangen und in einem Transportfahrzeug in eine fremde Umgebung zum Schlachten gebracht, wo sie bis zu ihrem Tod größte Nöte ausstehen müssten.“ Durch den Einsatz des Schalldämpfers werde zudem die restliche Herde von Stress und Aufregung verschont.

## Kampf mit den Behörden

13 Jahre lang hat Maier für die Genehmigung seiner Mobilen Schlachtbox gekämpft. Die Box gilt für ihn nun als Bestandteil des Schlachthofes, in welchem laut EU-Verordnung die Tiere lebend angeliefert werden müssen. Mittlerweile hat er zusammen mit der Universität Kassel ein serienreifes Modell entwickelt. „Die Mobile Schlachtbox ist der Schlüssel, um das Tier in seiner gewohnten Umgebung zu töten und gleichzeitig alle gesetzlichen Bestimmungen einhalten zu können“, sagt Maier.

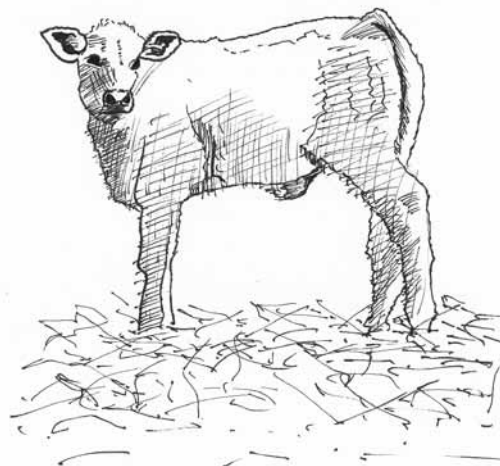
Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Allgäu, der Bioland-Verband und der Haus- und Notschlachtverein Müssen-Weitnau hatten die Veranstaltung mit Ernst Hermann Maier organisiert.

*Katharina Stohr*

Weitere Infos unter [www.uria.de](http://www.uria.de) oder bei Herbert Siegel, Tel. 08320-512



Stressfrei auf der Weide sterben: Rinder werden in gewohnter Umgebung betäubt, in der mobilen Schlachtbox getötet und darin zum Schlachthof gefahren. Foto: Stohr



....aus Sachsen

## Erntedankfest

Heute begehen wir das fest,  
das alle Menschen feiern lässt,  
die Ernte, sie ist eingebracht,  
nicht nur das Herz des Bauern lacht!

Es gab viel Arbeit übers Jahr,  
sie hat sich gelohnt, so wunderbar,  
mit Gottes Hilfe und der Arbeit der Bauern,  
wird das Volk wieder ein Jahr ohne Hungern überdauern!

Im Staat ist nur die Landwirtschaft wirklich wichtig,  
denn hungernd wird alles andere nichtig,  
niemand interessiert dann der Technik Gebrauch,  
wenn es schmerzt im leeren Bauch!

Essen und Trinken hält Leib und Seele gesund,  
das sagt schon immer des Volkes Mund,  
und das kann auch niemand bestreiten,  
es ist die Wahrheit seit ewigen Zeiten!

Und so bringt man Gaben zum Altar,  
dankt Gott, der macht alle Wunder wahr,  
und so kann man zum Abschluss nur sagen,  
es haben sich gelohnt der Bauern Mühlen und Plagen!

Ein Bauer (59 Jahre) dichtet ...

## Tiere essen

Zum Buch von Jonathan Safran Foer

Alles beginnt ganz locker mit Geschichten von der Großmutter des Autors, seinem Hund, dem Vaterwerden, mit Besuchen im Berliner Zoo, dem Rummel um Knut und der Bude daneben mit der Wurst aus Fleisch von Schweinen aus Massentierhaltung. Wurst von Tieren, die mindestens so intelligent sind wie Knut. Wie soll er seinem Sohn erklären, woher das Essen kommt? Deshalb begann Foer eine Untersuchung der Tierhaltung und der Schlachthöfe in den USA. Nach drei Jahren Arbeit legt er nun die Ergebnisse in einem vielschichtigen Buch vor.

### Tief Luft holen

Es berichtet über die Tierfabriken, Tiertransporte, Schlachthöfe, die Umweltverschmutzung durch Gülle und Abgase, die

Finsternis unserer Welt angekommen. Tief Luft holen. Diese Ermunterung Foers brauchen wir, um über die nächsten Seiten zu kommen.

Das könnte schon das Ende sein. Doch die Absichten Foers reichen weiter. Er will nicht nur das lähmende Entsetzen hervorrufen, das einen meist bei TV-Berichten über Massentierhaltung packt. Deshalb besucht er kleine Schlachthöfe, spricht mit Farmern, die Tiere artgerecht halten, die traditionelle Zuchtlinien reaktivieren. Und er verschweigt nicht deren Schwierigkeiten, z.B. die sich auflösenden ländlichen Infrastrukturen. Weithin unbekannt ist ja, dass gerade daran hoffnungsfrohe Neuanfänge zu scheitern drohen.

### Nicht sektiererisch werden

Foer will eine neue Sprache finden, um wieder über unsere Ernährung sprechen zu können. Er will nicht sektiererisch werden, sondern den „richtigen Ton“ treffen. Es soll nicht bei den TV-Bildern bleiben, bei denen wir die Hände vor die Augen schlagen – und dann weiter essen wie bisher. Foer kennt die Menschen in ihrer Widersprüchlichkeit. Sie wissen das meiste darüber, warum ihr Hühnchen so billig, gesundheits- und klimaschädlich ist – und essen es trotzdem. Es genügt ihm deshalb nicht, die Infos über den Schrecken der Massentierhaltung nur noch einmal zu wiederholen.

Er möchte, dass wir Scham empfinden. Scham darüber, was wir Menschen unserer „unbekannten Familie“, den Tieren, antun. Scham vor unseren Kindern, wenn wir über die Herkunft des Essens schweigen. Radikal wäre für Foer schon ein kleiner, scheinbar leichter Schritt: wenn wir weniger Fleisch essen und Formen finden, um am Esstisch der Familie über unsere Ernährung zu sprechen. Bei Familienfesten wird das schwierig. Wir kommen nicht nur zusammen – wir essen zusammen. Foer kann deshalb sein ganzes Buch in eine unscheinbare Frage zuspitzen: Muss es zu Thanksgiving (einem der wichtigsten amerikanischen Feiertage und Familienfeste) Truthahn geben? Truthahn, ein Tier, das nie frische Luft geatmet oder den Himmel gesehen hat. Ein Tier voll gestopft mit Antibiotika, durch Zucht unfähig gemacht, sich natürlich zu reproduzieren. Wird der Feiertag ruiniert, wenn dieses arme Tier nicht auf unseren Gabeln steckt? Oder gibt nicht gerade der Verzicht auf den Truthahn den Anlass für die Erzählung neuer Geschichten übers Essen und die Begründung neuer Traditionen? Und wenn es nur die bis zu den Enkeln weiter erzählte Geschichte vom Großvater ist,

der ständig die Veggi-Burger auf dem Grill verkohlte.

Wäre Sarrazin nicht dazwischen gekommen, dann hätte Foers Buch auch bei uns das Zeug zum Bestseller, ebenso wie in den USA. Ein undogmatisches und lebendig geschriebenes Buch über Ernährung und Massentierhaltung war überfällig. Ob es rundum gelungen ist, darüber lohnt sich zu streiten.

Ich beginne deshalb gleich mit einem Einwand. 99 Prozent der in den USA verzehrten Tiere stammen nach Foer aus der Massentierhaltung. In Deutschland seien es 98 Prozent. So errechnet es der Vegetarierbund Deutschlands (VEBU) im Nachwort des Buches. Zu der Zahl kommt es durch eine einfache Rechenoperation: Gesamtzahl der Tiere minus der von Biobetrieben gehaltenen Tiere ergibt die Zahl der Tiere, die in Tierfabriken stehen. Diese Rechnung geht von der offensichtlich falschen Annahme aus, dass alle konventionellen Betriebe Massentierhaltung betreiben.

### 98 Prozent Massentierhaltung?

Doch diese Rechnung ist nicht nur falsch. Sie offenbart ein grundlegendes Problem des Buches. Foer verteidigt zwar mit Herzblut die bäuerliche Landwirtschaft, doch sie existiert für ihn nur noch als Neubeginn. Die Farmer gibt es für ihn nicht mehr, die Werte des ländlichen Amerikas sind untergegangen. Die Megakonzerne, die einzig der Profitmaximierung verpflichtet sind, traten an ihre Stelle.

Wie aus der Kiste springt am Ende des Buches die Einsicht, dass staatliche Verbote nötig sind. „Wir brauchen nicht die Wahlfreiheit, Kinderspielsachen mit Bleifarbe zu kaufen. Und wir brauchen nicht die Freiheit, Fleisch aus Massentierhaltung zu kaufen.“ Doch wie soll es dazu kommen? Wer soll das Parlament und den Staat zwingen? Das Buch kennt keine Bürgerinitiativen. Außer radikalen Tierschutzverbänden (z.B. PETA) hören wir kaum etwas von einflussreichen und vermittelnden Vereinen, Interessenverbänden. Blass am Horizont bleiben Bündnisse zwischen Bauern und Verbrauchern. Der Einzelne, seine Familie und die landwirtschaftlichen Pioniere sind die Kraft, auf die Foer setzt. Dies allerdings mit einer Intensität und Unabdingbarkeit, die uns an Staat und Politik fixierten West-Europäer ins Staunen versetzen.

Götz Schmidt



Jonathan Safran Foer

Foto: Jerry Bauer

Seuchen für Tier und Mensch, die antibiotika-resistenten Bakterien, den modernen Fischfang, die Fischfarmen usw. Foer steigt illegal mit Tierrechtsaktivisten in Tierfabriken, führt Gespräche mit Arbeitern in Ställen und Schlachthöfen. In den Berichten über das Leben und Sterben der Hühner und Schweine ist er im Herz der

Jonathan Safran Foer: *Tiere essen*. Kiepenheuer & Witsch, 2010. 400 S. 19,95 €. ISBN 978-3-462-04044-9.

Neuerscheinung im ABL Verlag

## Linda & Konsorten

Was würde uns eine Kartoffel über ihr Dasein und das Zusammenleben mit den Menschen erzählen, wenn sie reden könnte? Volker Nökel, Chefcolorist und Mit-Zeichner der "Werner Comics" hat sich als "Professor von dem Nökel" auf den Weg gemacht und die Welt der Kartoffel erforscht. Dabei hat er Erstaunliches zu Tage gefördert. Er erforschte die Entwicklung der Kartoffel von der Entstehung des Universums bis in die Neuzeit und musste feststellen, die Kartoffel ist uns ähnlicher, als wir für möglich halten. Die satirisch augenzwinkernde Geschichte der Kartoffel wird untermalt mit wunderbar colorierten Zeichnungen, in denen viele witzige Details stecken. Im zweiten Teil des Comics begegnen dem Leser VIPs (very important potatoes) und im letzten Teil begleiten wir die Kartoffeln durch ihren Alltag. Die mit Sprachwitz umgesetzten Bilder zu "Setzkartoffeln" oder "Kartoffelferien" zeigen hintergründigen Humor, denn wussten Sie z.B., dass die Ernte manchmal so mager ausfällt, weil die Maulwürfe als Fluchhelfer für Kartoffeln unterwegs sind? Auch Pikantes wird nicht ausgelassen, denn wo würde in unserer Welt wohl ein Nachtschattengewächs arbeiten? Der Humor ist an manchen Stellen nordisch derb, manchmal dicht am Kalauer, die zeichnerische Umsetzung liebevoll und professionell

bis ins Detail. Volker Nökels erster "landwirtschaftlicher" Comic hatte Hilde das Huhn zum Inhalt, der Kampf um die Kartoffelsorte Linda brachte ihn auf das Thema Kartoffeln. Für ihn ist sie die "tolle Knolle", ihr hat er mit diesem Buch ein Denkmal gesetzt. *Vera Thiel*

*Linda und Konsorten; erdacht, gezeichnet und betextet von Volker Nökel, ISBN 978-3-930 413-42-3; 14,90 Euro, 96 Seiten farbig, zu beziehen über den ABL-Verlag*



Kurzes am Rande

## AbL-Kalender 2011 – Fotos die bewegen

„30 Jahre Abl e.V.“ haben wir zum Anlass genommen, im Fotoarchiv zu blättern und dabei unzählige Bilder gefunden, die belegen „Auf die Bewegung kommt es an!“ Eine Auswahl davon zeigt unser Monatskalender für 2011 und würdigt die vielen Themen, bei denen sich die Abl eingemischt und etwas bewegt hat. Bilder, die Mut und Lust machen, sich auch weiterhin tatkräftig zu engagieren! Auf jeder Seite findet der Betrachter eine kurze Erläuterung, bei welchem Anlass das Bild entstanden ist. *AbL Fotokalender 2011; „Auf die Bewegung kommt es an“; Format A 4, Spiralbindung, ISBN 978-3-930413-44-7; 12,50 €*



### Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht**

bitte ankreuzen

Ausgabe:  2010  2009  2008  2007  2006  2005  2004  
 19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- |  |                         |
|--|-------------------------|
| .....Expl. Nützt ja nix                                  | Stückpreis 11,00 €      |
| .....Expl. Aus dem Moor,                                 | Stückpreis 11,00 €      |
| .... Expl. Ein Bauer erzählt, CD                         | Stückpreis 10,00 €      |
| .... Expl. Schubkarrenrennen,                            | Stückpreis 11,00 €      |
| .... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben                   | Stückpreis 27,40 €      |
| .... Expl. Der Wollmützenmann,                           | Stückpreis 11,90 €      |
| .... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,                 | Stückpreis 9,50 €       |
| .... Expl. Verliebt Trecker fahren,                      | Stückpreis 9,90 €       |
| .... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag     | Stückpreis 3,- €        |
| .... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 €       |
| .... Expl. Wege aus der Hungerkrise                      | Stückpreis 3,10 €       |
| .... Expl. Linda und Konsorten                           | Stückpreis 14,90 € Neu! |
| .... Expl. AbL-Kalender 2011                             | Stückpreis 12,50 € Neu! |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ ggf. E-Mail: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Adresse: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

## Schnack vernünfti mit mi...

Matthias Stührwoldt veröffentlicht plattdeutsche Geschichten. Auch wenn die Lesereisen von Matthias Stührwoldt inzwischen quer durch Deutschland führen, haben seine Geschichten ihren Ursprung in Schleswig-Holstein.

Was liegt näher als ihn seine Geschichten auf plattdeutsch erzählen zu lassen.

Im Quickborn-Verlag, der spezialisiert ist auf plattdeutsche Autoren, ist nun das erste Buch mit 35 neuen Geschichten in plattdeutscher Schreibweise erschienen. *Zu beziehen über den Buchhandel oder über den ABL Verlag Schnack vernünfti mit mi...; 96 Seiten, ISBN 978-3-87651-350-8; 6,80 €*



## (Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de Anzeigenschluss für BS November ist am 17. Oktober 2010

### Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Reico-Produkte für Boden, Pflanze, Tier und Mensch. Z.B. Lieferung von Hunde- und Katzennahrung im ganzen Bundesgebiet, nach Österreich und Holland. Infos und Bestellannahme: Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

### Hof und Arbeit

● Biol.-dyn. Landwirtin/ausgebildete Lehrerin sucht Hof/Hofgemeinschaft zum Aufbau eines Schulbauernhofes. Raum NRW/Rheinland-Pfalz. ☎ 02224-9014505

### Sonstiges

● Obstbäume in historischen und bewährten Sorten für Garten und Landschaft. Sortenliste unter www.pflanzlust.de Bioland-Baumschule PFLANZLUST. ☎ 05692-8635

● Verk. Bio-Weihnachtsbäume aus dem Sauerland. ☎ 02721-138229, www.vielfalt-wald.de

## Bündnis Agrar-Zukunft Baden-Württemberg

**Auftakt-Talk am Sonntag, 17. Oktober 2010, 10 bis 11 Uhr**

im LandZunge-Zelt auf Oberschwabenschau in Ravensburg

### Neue gemeinsame Wege in der Agrarpolitik

**Gentechnikfrei, ökologisch, sozial und fair im Handel**

Alle sind herzlich eingeladen zur Auftaktveranstaltung des neuen Zusammenschlusses von Bauern-, Umwelt- und Eine-Welt-Verbänden mit:

Gottfried Härle, Geschäftsführer der Aktion LandZunge;  
Christian Eichert, Bioland-Geschäftsführer Ba-Wü;  
Maria Heubuch, 1. Vorsitz. AbL;  
Brigitte Dahlbender, 1. Vors. BUND Ba-Wü;  
Romuald Schaber, 1. Vors. BDM.

Bündnismitglieder sind: AbL, FIAN, fresh, Bioland Ba-Wü, BDM, Gentechnik-freies Europa e.V., demeter, Forum Pro Schwarzwaldbauern, BUND.

## Veranstaltungen

### Mensch Macht Milch

04. bis 12. Oktober 2010, Berlin  
Fotograf Fred Dott hat Gesichter und Geschichten hinter der Milch festgehalten und Auswirkungen der EU-Milchpolitik auf afrikanische Milchbauern für Herausgeber AbL, Germanwatch, Brot für die Welt, BDM, EMB und misereor. Mo-Fr: 10-21, Sa-So: 9-16 Uhr, Foyer VHS Berlin Mitte, Linienstraße 162, Infos: klemmt@germanwatch.org

### Bodensymposium

14. und 15. Oktober 2010, München  
Quell des Lebens oder wertloser Dreck?  
Naturland, ☎ 089-898082-29, Fax: -90, k.heinrich@naturland.de

### Gedenkandacht

17. Oktober 2010, Waging  
Gedenkandacht für Gertraud und Sepp Daxenberger  
14 Uhr in der Wallfahrtskirche Maria Mühlberg bei Waging. Nach der Andacht treffen wir uns im Landhaus Tanner

### Gefahr für uns Imker!

17. Oktober 2010, Bobingen  
Agrogentechnik: eine Gefahr für uns Imker!  
14 Uhr, Gasthof Reichsadler, 86399 Bobingen-Sträßberg, Bündnis für eine gentechnikfreie Region Augsburg Stadt und Land, Infos: Andrea Eiter, ☎ 0821-4540951, info@genfrei-augsburg.de

### Vögel der Kulturlandschaft

19. Oktober 2010, Rottenburg  
Vögel der Kulturlandschaft am Abgrund?  
Deutscher Verband für Landschaftspflege, ☎ 0981 465335-45, Fax: -50, www.landschaftspflegeverband.de

### Öko-Landbau starten

26 bis 28. Oktober 2010, Altenkirchen  
Erfolgreich in den Öko-Landbau starten  
Bundesprogramm Ökologischer Landbau, ☎ 04262 9590-70, Fax: -66

### Wie viel Öko braucht die Welt?

28. Oktober 2010, Berlin  
Recht auf Nahrung und Belastungsgrenzen des Erd-Ökosystems  
Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, ☎ 030-28482-307, Fax: -309, www.boelw.de/herbsttagung2010.html

### jAbL-Samba-Workshop

29. bis 31. Oktober 2010, Witzhausen  
Die jAbL veranstaltet einen Samba-Trommel-Workshop. Ziel ist die Gründung einer eigenen jAbL-Samba-Gruppe, mit regelmäßigen Treffen zum Üben für Aktionen und Demos.  
Kontakt: Rebecca Simon, rebeccajm.simon@web.de

### Beratung der Zukunft

29. bis 31. Oktober 2010, Hofgeismar  
Neue Beratungsansätze für den ländlichen Raum  
Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen, ☎ 06424 301-104, Fax: -119, bildungsseminar@lh.hessen.de

### Kirche auf dem Land

29. bis 31. Oktober 2010, Loccum  
Die Zukunft der Kirche auf dem Land  
Ev. Akademie Loccum, ☎ 05766 81-0,

Fax: -900, www.loccum.de

### Lernort Bauernhof

30. Okt u. 01. Nov 2010, Altenkirchen  
Betriebliche Grundlagen für den Lernort Bauernhof  
Evangelische Landjugendakademie, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, leibroch@lja.de

### Ökologischer Landbau SIGÖL

04. November 2010, Bad Döben  
42. Fortbildungskurs „Ökologischer Landbau“  
Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau SIGÖL, ☎ u. Fax: 034243-21491

### Scheinlösung Gentechnik

04. November 2010, Hamburg  
Welche Landwirtschaft brauchen wir, um die Welt zu ernähren?  
Benny Härlin stellt den Weltagrarbericht vor und Helmy Abouleish die Bio-Produktion in der ägyptischen Wüste.  
19 Uhr, Hauptgebäude der Uni Hamburg, Edmund-Siemers-Allee (direkt am Fernbahnhof Dammtor), Eintritt frei, Anmeldung nicht erforderlich, Kontakt: anne.reis@worldfuturecouncil.de, ☎ 040 3070914-14



## Niedersachsen: Herbsttagung

**Sonntag, 24. Oktober 2010, 10 bis 16 Uhr**

Bioland Hof Voigt, An der Wassermühle 20, 28857 Syke  
**Woher den langen Atem nehmen - Aktive berichten von ihrer politischen Arbeit**

Edith Lirsch, Vors. AbL Bayern: *Warum bäuerliche Landwirtschaft?*  
Eckehard Niemann, Pressespr. AbL Nieders.: *Agrarindustrie-mächtiger Gegner*  
Gitta Tangermann, BDM: *Der Kampf um faire Milchpreise*  
Annemarie Volling, AbL: *Gentechnikfrei - wir bleiben dran*  
Bäuerliche Notgemeinschaft: *Alle Jahre: der Widerstand im Wendland*  
Graefe zu Baringdorf, Bundesvors. AbL: *Agrarreform - wo bleiben wir?*

Anreise mit der Regionalbahn von Bremen zum Bf Barrien, für Transfer von dort bitte rechtzeitig anmelden bei Gernot v. Beesten (04267-775, holderhof@dgn.de) oder Fußweg von 10 Min.

5/2010 September - Oktober 7,- €

# LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

## Bio - divers

- Vielfalt als Entwicklungsaufgabe
- Wildnis wagen
- Nutztvieh und Vielfalt
- Was steckt im Milchpreis?

Das Heft für 7,- € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 40,- € /Jahr  
Studenten 30,- € /Jahr; Kostenloses Probeheft:  
Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1,  
D-64295 Darmstadt, Fon: (06155) 84690, Fax: 846911

**Eine Eiweißstrategie für die Landwirtschaft**

Eigenversorgung mit Proteinfuttermitteln verbessern

**Fachgespräch am 25. Oktober, 14-17 Uhr, Berlin mit Vertretern aus Praxis, Forschung, Züchtung, Wirtschaft und Politik**

Infos und Anmeldung: [gruene-bundestag.de](mailto:gruene-bundestag.de) » Termine [friedrich.ostendorff@bundestag.de](mailto:friedrich.ostendorff@bundestag.de), T. 030-227 77050

**BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION







**Wer ernährt die Welt ?**  
**Konferenz zur entwicklungsfreundlichen**  
**Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik**

Mittwoch, den 13. Oktober 2010 von 14.00 bis 21.00 Uhr  
im Hotel Aquino, Tagungszentrum, Katholische Akademie, Berlin

**EU Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf Entwicklungsländer -**  
**Beispiel Milch** mit Maurice Oudet, SEDELAN, Burkina Faso;  
Korotoumo Gariko, Milchproduzentin, Burkina Faso;  
Dr. Sagari Ramdas, ANTHRA, Indien; Armin Paasch, Misereor

**EU-Milchproduktion: Profitieren deutsche Bauern von Exporten?**  
Romuald Schaber, Vorstandsvorsitzender Bundesverband Deutscher  
Milchviehalter (BDM) u. Präsident des European Milk Board (EMB);  
Eckhard Heuser, Hauptgeschäftsführer des Milchindustrie-Verbands (MIV)

**Welchen Beitrag kann die europäische Agrarpolitik zur Hungerbe-**  
**kämpfung leisten?**  
Dietrich Guth, Bundeslandwirtschaftsministerium; Friedrich Wilhelm  
Graefe zu Baringdorf, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Parallel dazu Fotoausstellung: Mensch Macht Milch (s. Veranstaltung S.22)

Anmeldung: E-mail: [kerstin.lanje@misereor.de](mailto:kerstin.lanje@misereor.de) oder Fax: 0241-442505



## Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Wilster:** Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330  
**Sörup:** Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114  
**Plön:** Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147  
**Flensburg:** Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

### Niedersachsen

**Landesverband:** Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61  
**Heide-Weser:** Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774  
**Elbe-Weser:** Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118  
**Wendland-Ostheide:** Horst Seide, Tel.: 05865/1247  
**Südnieders.:** Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.:  
03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215  
**Brandenburg:** Bernd Hüsken, Tel.: 033704/66161

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,  
Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

### Hessen

**Ortenberg:** Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, [amkloster@t-online.de](mailto:amkloster@t-online.de);  
**Ebsdorfergrund:** Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, [biohof-claar@freenet.de](mailto:biohof-claar@freenet.de);  
**Breitenbach a. H.:** Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, [k.s.vetter@t-online.de](mailto:k.s.vetter@t-online.de);  
**Knüllwald-Red:** Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, [k.hellwig@web.de](mailto:k.hellwig@web.de);  
**Homburg-Mü:** Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, [gross2607@aol.com](mailto:gross2607@aol.com)

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,  
Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, [Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de](mailto:Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de);  
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218  
Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein,  
Tel.: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: [bnworm@t-online.de](mailto:bnworm@t-online.de), [www.abl-rlp-saar.de](http://www.abl-rlp-saar.de)

### Baden-Württemberg

**Landesverband:** Jochen Fritz, Telefon:0171-8229719, e-mail: [fritz\\_jochen@web.de](mailto:fritz_jochen@web.de)  
**Nordschwarzwald:** Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;  
**Nord-Württemberg:** Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584  
**Bodensee:** Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278  
**Allgäu:** Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

**Landesverband:** Edith Liersch, Tel.: 08562/870; Josef Schmid, Tel.: 08742-8039  
Fax: 967654  
**Geschäftsstelle:** Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:  
08679/6474, Fax: 08679/9130145, [www.abl-bayern.info](http://www.abl-bayern.info)  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute  
Gasteiger, Tel.: 08039/1635  
**Land an Rott und Inn:** Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.  
08725/304; [konrad.zanklmaier@vr-web.de](mailto:konrad.zanklmaier@vr-web.de)  
**Oberland:** Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, [lisi.friesenegger@googlegmail.com](mailto:lisi.friesenegger@googlegmail.com), Josef  
Lindauer, Tel./Fax.: 08803-488446, [Martha\\_Lindauer@web.de](mailto:Martha_Lindauer@web.de)  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: [abl-bayern@web.de](mailto:abl-bayern@web.de)  
**Franken:** Isabella Hirsch, Tel.: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel.: 09268-6667  
**Erding – Ebersberg,** Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Hochstraße 42, 84424 Isen, Tele-  
fon / Fax: 08083 9225, E-Mail: [abl@schlaak-isen.de](mailto:abl@schlaak-isen.de)

### Sachsen/Thüringen

**Landesverband:** Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,  
Tel.: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, E-Mail: [peter.hettlich@t-online.de](mailto:peter.hettlich@t-online.de)



## Bundeskontakte

#### Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,  
E-Mail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de)

**Bankverbindung:** KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,  
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

#### junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel.: [hanna.bes@gmx.de](mailto:hanna.bes@gmx.de)

#### Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529

#### Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsken,  
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

#### Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg  
Tel.: 04131/400720, Fax. 04131/407758, E-Mail: [gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de](mailto:gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de)



## Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei  
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht  
spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die  
Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL wei-  
terleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Programm Tagung und AbL-Bundesmitgliederversammlung

19. bis 21. November 2010 ,  
Evangelische Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald

## Freitag den 19. November

### 19.00 Uhr Tagung

Begrüßung durch den AbL-Bundesvorstand, anschließend Podiumsdiskussion zum Thema:

## „Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft“

### Referenten:

Hermann Josef Tenhagen, Chefredakteur „Finanztest“  
Dr. Matthias Miersch, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Christiane Grefe, Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“  
Cornelia Roeckl, GLS –Bank Berlin  
Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende  
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender  
Moderation: Ulrich Jasper

## Samstag, den 20. November 2010

### 9.00 -12.00 Uhr Diskussionsforen

#### Forum I EU-Agrarreform:

Der Vorschlag der EU-Kommission und wie stark ist unser Einfluss?  
Benedikt Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft  
MdB Friedrich Ostendorff, Agrarsprecher der Grünen Bundestagsfraktion  
Isabell Laudon, Französische Plattform für eine GAP-Reform (angefragt)  
Henrik Maaß (Junge AbL)  
Bernd Voss, MdL, stellvertretender AbL-Bundesvorsitzender  
Moderation: Ulrich Jasper

#### Forum II Milchbauernbewegung vor wichtigen Entscheidungen

Stefan Mann, BDM-Bundesvorstand  
Bernd Schmitz, AbL-Bundesvorstand  
Thomas Schäfer, Initiative für Wiedereröffnung einer Molkerei in Tübingen  
Alice Endress, AbL Rheinland -Pfalz  
Johanna Besier, Junge AbL  
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender  
Moderation: Josef Jacobi, Vorsitzender der Upländer Bauernmolkerei

#### Forum III Gentechnik und Patente – Neue Herausforderungen für die Bewegung

Edith Liersch, AbL-Landesvorsitzende Bayern (angefragt)  
Martin Hofstetter, Greenpeace  
Philipp Braendle, Junge AbL  
Mute Schimpf, friends of the earth Brüssel  
Matthias Miersch, Rechtsanwalt, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Annemarie Volling, AbL, Koordination und Beratung Gentechnikfreie Regionen  
NN Projekt AbL NRW Leguminosenanbau  
Moderation: Sigrid Herbst

#### Forum IV Artgerechte Hühnerhaltung – Keine romantische Nische sondern Zukunftsperspektive für bäuerliche Betriebe

Martin Steinmann, NEULAND-Bundesvorstand, Hühnerhalter  
Bärbel Endrass, Bio-Hühnerhalterin aus dem Allgäu  
NN Interessenvertretung alternative Hühnerhaltung (angefragt)  
Friedhelm Deerberg, Fachberater für artgerechte Geflügelhaltung  
Eckehard Niemann, Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken  
Moderation: Marcus Nürnberger, Redaktion Bauernstimme

#### Forum V BVD Impfung, Ohrstanzprobe und Datenschutz– Haben Bäuerinnen und Bauern was zu verbergen?

Dr. Rupert G. Ebner, praktischer Tierarzt, Ingolstadt  
Norbert Worm, AbL Rheinland Pfalz  
Josef Schmid, AbL-Landesvorsitzender in Bayern  
Anneliese Schmech, AbL-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg (angefragt)  
Peter Hamel, Zivilcourage Hessen  
Moderation: Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende

### 12 -13.30 Uhr Mittagspause

### 13.30 Uhr

Vorstellung der Ergebnisse aus den Diskussionsforen. Ende der Tagung

anschließend:

### AbL-Bundesmitgliederversammlung

Die Tagung findet in Kooperation mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum“ statt

*Die AbL-Bayern chartert einen Bus zur AbL-MV in Altenkirchen.  
Interessierte melden sich bitte bei: Fam. Liersch: 08562-870*

## **unabhängige bauernstimme: sich treffen und diskutieren**

10/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse  Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname  Name, Vorname

Straße  Straße

PLZ, Ort  PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen  evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung  
 Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.  BLZ  Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetentin / des Abonnetenten  Datum  Beruf   
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
oder Fax 02381 / 492221